

Konsequente Kontrollen: 2014 wurden fast 800 Autos abgeschleppt **Seite 6**



Neues Sicherheitskonzept für Weiberfastnacht am 12. Februar auf dem Hauptmarkt: ATK erfüllt Auflagen des städtischen Ordnungsamtes **Seite 8**



Sperrungen und Umleitungen durch Karnevalsumzüge ab 14. Februar **Seite 9**

20. Jahrgang, Nummer 7

AMTSBLATT

Dienstag, 10. Februar 2015

Rekordinvestitionen in die Infrastruktur

Ratsmehrheit beschließt Doppelhaushalt 2015/16

Mit elf Gegenstimmen (FDP, FWG, Linke und AfD) hat der Stadtrat mehrheitlich den Doppelhaushalt 2015/16 beschlossen. Er weist für 2015 ein Defizit von rund 27,6 Millionen Euro aus – eine Verbesserung gegenüber 2014 um 7,4 Millionen Euro. Im Jahr 2016 wird mit einem Fehlbetrag von rund 34,8 Millionen Euro gerechnet. Für Investitionen ist im Doppelhaushalt die Rekordsumme von rund 116 Millionen Euro eingestellt.

„Wir wollen in diesem und im kommenden Jahr die städtische Infrastruktur auf gesündere Füße stellen“, erklärte Oberbürgermeister Klaus Jensen schon im Vorfeld der Etatberatungen. Der mehrheitlich mit den Stimmen von CDU, SPD, Grünen bei Enthaltung des Ratsmitgliedes der Piraten verabschiedete Doppelhaushalt spiegelt diesen Anspruch wider. Die knappen städtischen Gelder fließen in Schulen, Kitas, städtische Wohnungen, Feuerwehr und Straßen. Alleine für den Gebäudeunterhalt sind – ohne Baumaßnahmen – 11,3 Millionen Euro veranschlagt. Für investive Projekte sind in den Bereichen Schulen und Sport 24,4 Millionen Euro, für Straßen, Verkehr und Grünflächen 35,3 Millionen, für Bauen und Planen 17,8 Millionen und für Jugend, Familie und Gesundheit 13,7 Millionen Euro eingeplant (siehe Grafik Seite 3). Insgesamt sind damit im Haushalt in den beiden kommenden Jahren über 116 Millionen Euro für investive Maßnahmen vorgesehen.

Das städtische Investitionsprogramm wird begünstigt durch die wirtschaftlichen Rahmendaten: Äußerst günstige Zinsen und stabile, hohe Gewerbesteuererträge (64

Millionen Euro/Jahr), sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse auf Rekordniveau, steigende Einwohnerzahlen, gefallene Arbeitslosenzahlen und höhere Schlüsselzuweisungen haben wie auch die weiter anhaltenden Konsolidierungsbemühungen in allen Dezernaten zu einer Verringerung beim Fehlbetrag zwischen Einnahmen und Ausgaben geführt.

Bei prognostizierten Erträgen von 346,4 Millionen Euro und Ausgaben von 373,9 Millionen Euro liegt der Fehlbetrag 2015 mit 27,6 Millionen Euro zwar um 6,2 Millionen höher als noch im November 2014 beim Haushaltsplanentwurf veranschlagt. Doch insgesamt werde, so Jensen, der positive Trend im Vergleich zu den Vorjahren deutlich: 2009 habe sich das Jahresdefizit noch auf 63 Millionen Euro belaufen. Auch bei den Kassenkrediten sei eine vergleichbare Entwicklung zu verzeichnen. Hier gab es im Jahr 2009 noch eine Unterdeckung von 44,4 Millionen Euro, für das Jahr 2015 werde die Stadt „nur“ noch Kassenkredite in Höhe von 14,4 Millionen Euro aufnehmen.

Vergnügungssteuer wird erhöht

Die Erhöhung des Fehlbetrags geht auf aktuelle Entwicklungen am Jahresende zurück. Die Stadt muss beispielsweise umfangreiche Brandschutzmaßnahmen an Trierer Schulen finanzieren; alleine die Maßnahmen am Friedrich-Wilhelm-Gymnasium und an den Berufsbildenden Schulen kosten 3,6 Millionen Euro zusätzlich. Nach der Förderzusage des Landes kann der Startschuss zur Sanierung der städtischen Wohnungen mit dem Objekten Magnerichstraße 1/3 und 2

Auftakt für Neubau der Loebstraße



Hier gibt es viel zu tun: Baudezernentin Simone Kaes-Torchiani, die Landtagsabgeordneten Arnold Schmitt und Jutta Blatzheim-Roegler, OB Klaus Jensen, Innenstaatssekretär Günter Kern und Hwk-Vizepräsident Hermann Zahnen (v. r.) legen sich beim Spatenstich für den Neubau der stark beschädigten Loebstraße im Gewerbegebiet Trier-Nord ins Zeug. Der erste von drei Bauabschnitten erstreckt sich über eine Länge von 580 Meter ab der Pfälzeler Eisenbahnbrücke. Allein dafür wird mit einer Bauzeit von rund einem Jahr gerechnet. Foto: PA / Ausführlicher Bericht Seite 7

gegeben werden. Dafür sind 1,1 Millionen Euro bereitgestellt, die städtischen Zuschüsse zu den Betriebskosten der Kindertagesstätten erhöhen sich um zwei Millionen Euro, der Erwerb einer Zeltturnhalle als Ersatz für geschlossene Sportstätten schlägt mit 1,8 Millionen Euro zu Buche.

Der verabschiedete Haushalt sieht keine Erhöhung der Gewerbe- und Grundsteuer oder der übrigen kommunalen Steuern vor. Ausnahme: Die Vergnügungssteuer für Spielgeräte und Automaten steigt in diesem Jahr von 12 auf 15 und im kommenden Jahr auf 18 Prozent. Die Stadt rechnet

mit Mehreinnahmen in Höhe von einer halben Million Euro jährlich. Die geplante Einführung einer Fremdenverkehrsabgabe ist nicht enthalten, hierzu soll es in einigen Monaten eine landesrechtliche Regelung geben. Der Bau des Brand- und Katastrophenschutzentrums Ehrang ist ebenso im Haushalt abgebildet wie der Einstieg in die Umstrukturierung und Sanierung des Theaters. Schwerpunkte sind daneben Projekte im Spiel- und Sportplatzausbau, bei Straßen- und Brückenunterhaltung sowie die Umsetzung des Städtebauförderprogramms „Stadtumbau West“.

Vor der Abstimmung begründeten die Fraktionen in zehnmütigen Statements ihr Abstimmungsverhalten für oder gegen den Haushaltsplan. Einig waren sich die Fraktionen dabei über alle parteipolitischen Gegensätze hinweg in einem Punkt: Ohne massive Unterstützung durch Bund und Land kann Trier – wie andere kreisfreie Städte auch – bald die ihr gesetzlich vorgeschriebenen Aufgaben nicht mehr erfüllen, geschweige denn die finanzielle Misere beenden. **frü**

Weitere Informationen Seite 3
Auszüge der Haushaltsreden der Fraktionen Seite 3 bis 5

Närrische Pause am Rosenmontag

Aktuelle Übersicht zu geänderten Öffnungszeiten

Am Rosenmontag (16. Februar) sind das Rathaushauptgebäude am Augustinerhof und die weiteren städtischen Dienststellen geschlossen. Ergänzend gelten folgende Regelungen:

- Das Bürgeramt ist am Donnerstag und Freitag von 8 bis 13 Uhr erreichbar und Faschingsdienstag geschlossen.
- Die Theaterkasse ist an Weiberfastnacht ab 14 Uhr geschlossen.
- Die Kfz-Zulassung ist am Fettes Donnerstag und



am Freitag von 7 bis 13 Uhr geöffnet, die Straßenverkehrsbehörde von 9 bis 12 und die Fahrerlaubnisbehörde von 8 bis 12 Uhr. Fastnachtdienstag ist das Amt geschlossen.

- Die Stadtbibliothek im Palais Walderdorff (Domfreihof) ist an Weiberfastnacht und Faschingsdienstag zu.
- Das Bildungs- und Medienzentrum (Palais Walderdorff) ist am Fettes Donnerstag und am Freitag nur von 8.45 bis 12.15 Uhr ge-

öffnet und am Fastnachtdienstag geschlossen.

- Die Stadtbibliothek und das Archiv in der Weberbach sind am 17. Februar geschlossen, die Schatzkammer ist aber von 10 bis 17 Uhr geöffnet.
- Das Amt für Ausländerangelegenheiten ist am Fettes Donnerstag nur von 8 bis 12 Uhr geöffnet und macht Pause am 17. Februar.
- Das Büro des Migrationsbeirats ist von Weiberdonnerstag bis einschließlich 17. Februar geschlossen.
- Das Servicecenter ist unter der Rufnummer 115 auch Rosenmontag erreichbar, da Kollegen aus Oldenburg einspringen. Die zentralen Rufnummern 718-0 (Stadt) und 715-0 (Kreis) sind am Fettes Donnerstag ab 14 Uhr und Rosenmontag nicht erreichbar.

Neues Programmheft

Mit der heutigen Rathaus Zeitung wird das gedruckte Programmheft für das neue VHS-Semester verteilt. Seit letzter Woche ist die Übersicht online verfügbar (www.vhs-trier.de) und Kurse können gebucht werden. Das am 2. März beginnende Semester umfasst rund 480 Einzelveranstaltungen und Kurse, darunter in 13 Fremdsprachen. Bald finden diverse Beratungstermine statt, darunter für Deutsch als Fremdsprache (19. und 24. Februar) sowie für Englisch, Französisch, Italienisch und Spanisch (19. Februar).

Stadtrat tagt

Die Gründung einer Anstalt öffentlichen Rechts für das Theater und die Neuaufstellung des Mitspiegels sind zwei Themen in der Stadtratssitzung am heutigen Dienstag, 10. Februar, 17 Uhr, Rathausaal. Zuvor wird über Anträge der SPD zur Flüchtlingsarbeit sowie von CDU und Grünen zur Stärkung der Ortsbeiräte entschieden. Die Tagesordnung wird ergänzt um eine Anfrage der Linken zu den Gebühren für das Mittagessen an Schulen. Zu Beginn ist eine Einwohnerfragestunde geplant.

Stadtratswahl gültig

Die Trierer Stadtratswahl vom Mai 2014 muss nicht wiederholt werden. Das hat das Verwaltungsgericht Trier entschieden und damit eine Klage abgewiesen, wonach die Wahl unter anderem wegen Verletzung der Neutralitätspflicht des Oberbürgermeisters ungültig gewesen sei. Gegen das am 20. Januar ergangene und in der letzten Woche publik gemachte Urteil kann innerhalb eines Monats die Zulassung einer Berufung beantragt werden. **Bericht auf Seite 7**

Die Beiträge dieser Seite werden inhaltlich von den im Stadtrat vertretenen Fraktionen verantwortet, unabhängig von der Meinung des Herausgebers

Stärkung der Ortsbeiräte

CDU Kaum eine Stadt wird so geprägt von den einzelnen Stadtteilen wie Trier. Die Bürgerinnen und Bürger identifizieren sich nicht nur mit der Stadt, sondern auch besonders mit ihrem jeweiligen Stadtteil. Deshalb spielen die Ortsbeiräte gerade in Trier eine außerordentlich wichtige Rolle in der Gestaltung des Ortsbildes und des gesellschaftlichen Miteinanders. Bei Problemen ist es häufig die Ortsvorsteherin oder der Ortsvorsteher, die/den die Bürgerinnen und Bürger als ersten Ansprechpartner suchen.

Als Stadt Trier müssen wir daher jenen danken, die sich dazu bereit erklären, sich den Sorgen und Nöten der Bürger durch die Arbeit in den Ortsbeiräten anzunehmen. Dieses ehrenamtliche Engagement ist für unsere Stadt wichtig und unersetzlich. Dies gilt insbesondere für die Ortsvorsteherinnen und Ortsvorsteher. Daher gilt es, diesen ehrenamtlichen Einsatz, der häufig neben Beruf und Familie ausgeübt wird, angemessen zu würdigen. Dazu gehören auch

eine angemessene Aufwandsentschädigung sowie klar gezielte Kompetenzen.

Deswegen stellen wir in der nächsten Stadtratssitzung einen Antrag zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Trier, in dem wir in vielen einzelnen Punkten die Aufgaben des Ortsvorstehers und der Ortsbeiräte klar definieren und ihnen viele Entscheidungen, die die jeweiligen Ortsteile betreffen, abschließend übertragen; denn die Menschen vor Ort wissen am besten, wo Probleme bestehen und wie diese gelöst werden können.

Wir sind der Überzeugung, dass wir durch diese Maßnahmen die Kompetenzen und somit die Bedeutung der Ortsbeiräte stärken, sodass sich auch in Zukunft Menschen finden, die einen Sinn darin finden, sich dort zu engagieren. Mit diesen Veränderungen erhoffen wir uns auch, dass sich die Ehrenamtlichen wieder ernst genommen fühlen.

Thorsten Wollscheid,
CDU-Stadtratsfraktion

Frauenhaus-Beratung gesichert

SPD FRAKTION im Trierer Stadtrat **SPD** Dass das Frauenhaus eine unverzichtbare Einrichtung für Frauen ist, die in engen sozialen Beziehungen Gewalt

erfahren haben, ist heute politisch weitgehend unumstritten. Und das ist gut so! Die Finanzierung der Arbeit in den Frauenhäusern ist und bleibt wie in vielen sozialen Einrichtungen eine aufwändige und bürokratische Angelegenheit. In Trier deckt das Frauenhaus mit Hilfe eines Landeszuschusses die Personalkosten. Die Stadt stellt die Betriebskosten für die eigentliche Zufluchtsstätte. Acht Mitarbeiterinnen kümmern sich um die Frauen im Frauenhaus. Sie begleiten, sie beraten hin zur Selbstständigkeit, sie gehen die ersten Schritte mit, sie hören zu und schenken Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten.

Das Angebot des Frauenhauses umfasst weitere Hilfen und Unterstützung. Auch nach ihrem Aufenthalt im Frauen-



Tamara Breitbach

haus benötigen Frauen Rat, beispielsweise bei der Suche nach einem Arbeitsplatz oder nach geeigneten Betreuungsmöglichkeiten für die Kinder. Die Wohnungssuche ist ebenfalls ein großes Thema. Oder sie möchten mit einer vertrauten Person über ihre Erfahrungen sprechen. Diese nachgehende Beratung wird in eigenen angemieteten Räumen durchgeführt.

Die Miete für die Beratungsstelle wurde bisher aus Spenden finanziert. Leider sind diese stark rückläufig, so dass eine Schließung der Beratungsstelle drohte. Die SPD-Fraktion hat nun eine entsprechende Erhöhung des städtischen Zuschusses um 5000 Euro an das Frauenhaus beantragt, der der Stadtrat im Rahmen der Haushaltsberatungen zugestimmt hat. Vorbehaltlich der Haushaltsgenehmigung ist nun die Gefahr für die Beratungsstelle gebannt.

Tamara Breitbach, frauen- und familienpolitische Sprecherin

Jede Menge Kröten

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN im Stadtrat

Zurzeit wird viel über den städtischen Haushalt geredet, da heißt es oft enttäuscht: „Die Stadt hat keine Kröten!“

Dabei hat die Stadt in Wirklichkeit viele Kröten und das ist durchaus wörtlich zu nehmen. Sie befinden sich nicht in der Stadtkasse sondern in der Nähe von Teichen, wie zum Beispiel dem Löschteich auf dem Markusberg. Dorthin wandern sie jedes Jahr im Frühjahr, um abzulaichen. Dafür müssen sie jedoch die örtlichen Straßen überqueren, zum Beispiel zwischen dem Café Mohrenkopf und Trierweiler, was nicht ungefährlich ist.

Jedes Jahr werden zahlreiche Kröten überfahren, obwohl die Straße abends und nachts zu ihrem Schutz gesperrt ist. Viele haben für den Umweg, den sie fahren müssten, und für die Helfer, die die Kröten über die Straße tragen, kein Verständnis und reagieren verärgert. Dabei stellt dies einen wichtigen Beitrag zum Schutz der Natur dar, von dem es in der Stadt ohnehin weniger gibt, als im Umland.

Darüber hinaus leisten die Amphibien einen nützlichen Beitrag für unser Wohlergehen: Sie fressen Insektenlarven und helfen dadurch zum Beispiel gegen Stechmückenplagen.

Für die Umstände, die man sich macht, wenn man den Umweg fährt, bekommt man also auch etwas zurück. Leider hat die Stadt – abgesehen von der Sperrung – in der Vergangenheit kaum etwas dafür getan, die Krötenwanderung zu unterstützen und bei den Anwohnern um Verständnis zu werben. Dies wäre aber dringend nötig, damit die Kröten in Zukunft neben der Stadtkasse nicht auch noch in der Natur fehlen.

man also auch etwas zurück. Leider hat die Stadt – abgesehen von der Sperrung – in der Vergangenheit kaum etwas dafür getan, die Krötenwanderung zu unterstützen und bei den Anwohnern um Verständnis zu werben. Dies wäre aber dringend nötig, damit die Kröten in Zukunft neben der Stadtkasse nicht auch noch in der Natur fehlen.

Peter Hoffmann,
umweltpolitischer Sprecher
Bündnis 90/Grüne



Peter Hoffmann

Spaß an der Freud

FWG
Freie Wählergemeinschaft Trier e.V.

Einige frohe und unbe-schwertere Stunden miteinander verbringen und die Alltagsorgen vergessen – das können wir in diesen Tagen bei dem bunten karnevalistischen Treiben in unserer Stadt erleben. Dies mag nicht sogenannten eingefleischten „Nichtfastnächter“ gefallen. Wir Freien Wähler möchten uns aber bei allen Trierer Karnevalsgesellschaften bedanken, die vor allem auch im Bereich Jugendarbeit sehr viel ehrenamtliche Arbeit leisten. Gerade im karnevalistischen Tanzsport sind Trierer weit über die Grenzen der Region erfolgreich und holen jährlich so manchen Meistertitel in unsere Stadt.

Aber auch allen anderen, die sich für den Erhalt des Brauchtums Fastnacht einsetzen, danken wir von Herzen. Ganz speziell bei denjenigen, die eben nicht immer im Rampenlicht stehen, sondern im Hintergrund wertvolle Arbeit leisten. Besuchen Sie in den nächsten Tagen die verbleibenden Veranstaltungen der Vereine, die Umzüge in den einzelnen Stadtteilen und besonders an Rosenmontag den Zug in der Innenstadt.

Organisiert wird der Narrenwurm von der Arbeitsgemeinschaft Trierer Karneval und den darin organisierten Karnevalsgesellschaften. Sie alle erbringen ehrenamtliche Arbeit aus „Spaß an der Freud.“ Hierfür gebührt ihnen wie auch allen übrigen Trierer Bürgerinnen und Bürgern, die sich in anderen Bereichen ehrenamtlich engagieren, unsere Anerkennung und unser Dank, denn dieser unentgeltliche Einsatz ist überaus wertvoll und durch nichts zu ersetzen. Wir vier Stadtratsmitglieder unterstützen wo immer möglich, ganz gleich in welchem Bereich, das ehrenamtliche Engagement.

Organisiert wird der Narrenwurm von der Arbeitsgemeinschaft Trierer Karneval und den darin organisierten Karnevalsgesellschaften. Sie alle erbringen ehrenamtliche Arbeit aus „Spaß an der Freud.“ Hierfür gebührt ihnen wie auch allen übrigen Trierer Bürgerinnen und Bürgern, die sich in anderen Bereichen ehrenamtlich engagieren, unsere Anerkennung und unser Dank, denn dieser unentgeltliche Einsatz ist überaus wertvoll und durch nichts zu ersetzen. Wir vier Stadtratsmitglieder unterstützen wo immer möglich, ganz gleich in welchem Bereich, das ehrenamtliche Engagement.

Professor Hermann Kleber,
Margret Pfeiffer-Erdel, Christiane Probst
und Hans-Alwin Schmitz

Höchste Zeit, klar Schiff zu machen!

FDP
Die Liberalen

Jetzt ist es also passiert. Der Rat hat einen Doppelhaushalt beschlossen, der Ende des Jahres 2016 das Vermögen der Stadt komplett aufgezehrt haben wird. Zusätzlich wird er einen Fehlbetrag von rund 18 Millionen Euro ausweisen, der nicht mehr durch Eigenkapital gedeckt ist. Im echten Leben bedeutet dies Zahlungsunfähigkeit. Der OB müsste, wäre er Geschäftsführer einer GmbH, spätestens jetzt beim Insolvenzrichter vorstellig werden, sonst würde er früher oder später umziehen: vom Schammat in die Gottbillstraße, wegen Insolvenzverschleppung. Wollen wir uns am eigenen Zopf aus dem Schuldensumpf herausziehen – andere werden es nicht tun – dann müssen wir künftig auf strenge Haushaltsdisziplin achten. Dazu gehört die Einsicht, dass nicht jeder Euro, der im Haushalt steht, auch ausgegeben werden muss. Auf „nice to have“ werden wir künftig

verzichten müssen. Die Erfüllung von Pflichtaufgaben wird auf das gesetzlich vorgeschriebene, von Land oder Bund finanzierte Maß zu reduzieren sein. Städtische Entgelte müssen der erbrachten Leistung entsprechen und gegebenenfalls auf ein angemessenes Niveau angehoben werden. Früher oder später werden Kürzungen bei den freiwilligen Leistungen nicht zu vermeiden sein. Die routinemäßige Bereitstellung außerplanmäßiger Mittel wird auch nicht mehr drin sein. Dazu gehört aber vor allem die umgehende Einführung eines konsequenten Controllings, das quartalsweise Ansätze, aktuelle Zahlen, prognostizierte Jahresendzahlen und die entsprechenden Abweichungen ausweist. Nur mit so einem System wird es Rat und Verwaltung möglich sein, Fehlentwicklungen zu erkennen und ihnen entgegenzuwirken.

Das alles macht keinen Spaß! Aber spätestens jetzt, wo absehbar ist, dass wir gar nichts mehr haben außer Schulden, ist die Party eben vorbei. Und nach der Party muss klar Schiff gemacht werden!

Martin Neuffer, FDP-Fraktion

Neue Perspektiven für das Theater

DIE LINKE.

In der Sitzung des Stadtrats am 10. Februar wird über eine neue Rechtsform des Theaters Trier entschieden: Zukünftig soll es in eine Anstalt öffentlichen Rechts umgewandelt werden. Ein solches Theater ist in seinem Gestaltungsspielraum unabhängiger, aber schließt gleichzeitig politische und gesellschaftliche Akteure nicht aus. Darüber hinaus wäre dieses Theater in der Lage, selbstständig finanzielle Mittel zu generieren und kann der freien Szene eine Bühne bieten. Das Ergebnis wäre eine größere kulturelle Teilhabe, die uns einem Ziel der Kulturleitlinien, nämlich höhere öffentliche Beteiligung, ein Stückchen näher bringt.

Genossenschaft als Favorit

Anhand des Theaters Kiel kann man sehr gut erkennen, welches Potenzial in diesem Schritt steckt: Es besteht aus vier eigenproduzierenden

Sparten, unter anderem einem Kinder- und Jugendtheater, und wird von mehreren Vereinen finanziell unterstützt. Die Linksfraktion hatte sich in der Diskussion um die Rechtsformänderung des Theaters Trier für eine Umwandlung in eine genossenschaftliche Lösung ausgesprochen.

Diese Option ist immer noch realisierbar, denn eine Theatergenossenschaft lässt sich in eine Anstalt öffentlichen Rechts integrieren. Eine offene Mitgliederzahl und ein unabhängiger Bestand bieten für alle Partizipationsmöglichkeiten und wird unser Theater zu einem Theater der Bürgerinnen und Bürger machen. Eine Genossenschaft bietet nicht nur Beteiligungsmöglichkeiten, sondern kann den laufenden Betrieb unterstützen. Das gilt auch für die anstehenden Baumaßnahmen. Die Linksfraktion möchte diese Idee mit allen kulturellen, politischen und gesellschaftlichen Akteuren diskutieren.

Marc-Bernhard Gleißner,
Vorsitzender der Linksfraktion

Gender-Budgeting: Sinnlose Verschwendung

Alternative für Deutschland

Seit einigen Jahren wird in der Stadtverwaltung schrittweise das sogenannte Gender-Budgeting eingeführt. Bei diesem Projekt handelt es sich um eine weitgehend sinnfreie, gleichwohl jedoch teure Veranstaltung. Denn nachdem mit erheblichem Aufwand Gender-Kennzahlen ermittelt worden sind, die Aufschluss über die Verteilung der Ausgaben auf Männer und Frauen geben, bleibt die Frage nach den daraus resultierenden Konsequenzen offen.

Wozu benötigen wir beispielsweise die Information, dass in Fußballvereinen mehr Jungen als Mädchen gefördert werden? Was nützt es uns zu wissen, dass Jugendhilfemaßnahmen mehr der männlichen Bevölkerung zugute kommen als der weiblichen? Herr Jensen teilt auf unsere Anfrage hin mit, es sei Ziel der Analysen im Rahmen des Gender-Budgeting, gegebenenfalls „koordinierende Maßnahmen zu ergreifen,

um Verteilungsgerechtigkeit und Gleichstellung herbeizuführen“. Er bleibt aber jede Erklärung schuldig, worin denn eine solche Verteilungsgerechtigkeit besteht und wie sie konkret hergestellt werden kann. Daran zeigt sich die Sinnlosigkeit dieses Unternehmens.

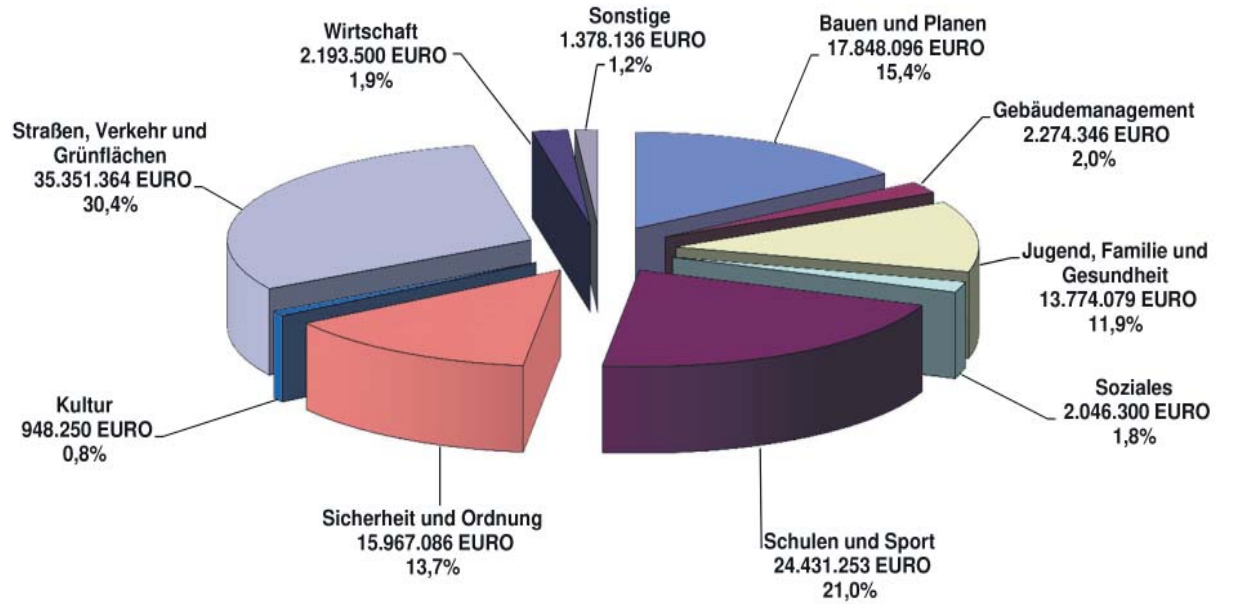
Es ist völlig unmöglich, eine umfassende Gleichverteilung der Haushaltsmittel nach Geschlecht zu erreichen und es ist auch nicht wünschenswert, dass der Staat hier als Sozialingenieur das Verhalten seiner Bürger beeinflusst. Wenn Frauen häufiger das Hallenbad benutzen als Männer, dann muss das nicht durch irgendwelche Gender-Maßnahmen korrigiert werden. Allein die Genderung einiger weniger Produktblätter hat die Stadt bereits mehr als 32.000 Euro gekostet. Hochgerechnet auf die gesamte Verwaltung dürfte eine nicht geringe sechsstelligen Summe erforderlich sein, bis alles durchgedendert ist. Für uns ist das nichts anderes als ideologisch motivierte Geldverschwendung ohne jeden praktischen Nutzen, die wir sofort beenden sollten.

AfD-Fraktion

Eckdaten Doppelhaushalt 2015/16

<p>■ Ergebnishaushalt 2015 Erträge: 346.390.553 Euro Aufwendungen: 373.972.361 Euro Fehlbetrag: 27.581.808 Euro Verbesserung gegenüber 2014: 7.479.025 Euro</p> <p>■ Ergebnishaushalt 2016 Erträge: 349.095.564 Euro Aufwendungen: 383.893.762 Euro Fehlbetrag: 34.798.198 Euro Verschlechterung gegenüber 2015: 7.216.390 Euro</p> <p>■ Ansatz Gewerbesteuer (brutto) 2014: 64,8 Millionen Euro 2015: 64,8 Millionen Euro 2016: 64,8 Millionen Euro</p> <p>■ Erträge soziale Sicherung 2014: 38,9 Millionen Euro 2015: 40,2 Millionen Euro 2016: 41,2 Millionen Euro</p> <p>■ Schlüsselzuweisungen 2014: 44,1 Millionen Euro 2015: 49,9 Millionen Euro</p>	<p>2016: 49,4 Millionen Euro</p> <p>■ Personal- und Versorgungsaufwendungen 2014: 97,9 Millionen Euro 2015: 99,3 Millionen Euro 2016: 100,3 Millionen Euro</p> <p>■ Grundversorgung und Hilfen gemäß SGB XII 2014: 57,7 Millionen Euro 2015: 58,9 Millionen Euro 2016: 60,7 Millionen Euro</p> <p>■ Soziale Sicherung/Jugendamt 2014: 57,9 Millionen Euro 2015: 62,8 Millionen Euro 2016: 64,4 Millionen Euro</p> <p>■ Planung Investitionen 2014: 32,9 Millionen Euro 2015: 62,3 Millionen Euro 2016: 53,9 Millionen Euro</p> <p>■ Gesamtverschuldung 2014: 672,4 Millionen Euro 2015: 713,5 Millionen Euro 2016: 756,8 Millionen Euro</p>
--	--

Anteile der Verwaltungsbereiche an den Auszahlungen für investive Projekte (116,2 Mio. EURO) in den Jahren 2015 (62,3 Mio. EURO) und 2016 (53,9 Mio. EURO)



Der Kuchen ist verteilt: In den nächsten beiden Haushaltsjahren werden die städtischen Investitionen nach dem Beschluss des Stadtrates mit diesen Schwerpunkten getätigt. Grafik: Stadtverwaltung Trier, Zentrale Dienste/Finanzen

Fraktionsstimmen in Kürze

Trotz struktureller Mängel der Haushaltsplanung werde die **CDU-Fraktion**, nachdem die von ihr gewünschten Änderungen bei den Etatberatungen übernommen worden seien, dem vorgelegten Entwurf des Doppelhaushaltes 2015/16 zustimmen. CDU-Sprecher Udo Köhler betonte: „Besonders ist hier zu erwähnen, dass die Planungskosten für den Moselbahndurchbruch im Doppelhaushalt aufgenommen wurden. Weiterhin sind wir froh, dass die schon im letzten Doppelhaushalt zusätzlich eingestellte eine Million Euro für die Sanierung der Straßen sich ebenfalls im neuen Doppelhaushalt wiederfindet.“

Die **SPD-Fraktion** stimmte nach Aussagen ihres Vorsitzenden Sven Teuber dem Haushalt zu, um den „sachorientierten Weg der Konsolidierung“ weiterzugehen. Nur mit einem genehmigungsfähigen Haushalt

könne man klare Investitionsprioritäten setzen. „Die SPD hat als einzige Fraktion in den Haushaltsberatungen auch realistische Anträge gestellt, die die finanzielle Situation durch Einnahmeerhöhungen verbessern“, ergänzte Teuber. Von diesen Vorschlägen bringe die Erhöhung der Vergütungssteuer jährliche Zusatzeinnahmen von fast einer halben Million Euro.

Reiner Marz (**Bündnis 90/Die Grünen**) kritisierte zunächst die finanzielle Lastenverteilung in Deutschland: „Bund und Land streben einem ausgeglicheneren Haushalt an, die Kommunen fallen hinten runter. Dies ist nicht nur ein finanzielles Problem.“ Im Rahmen der eingeschränkten Möglichkeiten sei es bei den Haushaltsberatungen jedoch gelungen, die richtigen Prioritäten zu setzen, darunter die Planungs-

kosten für die Theatersanierung und die Förderung des Radverkehrs. Entscheidend sei nun, dass diese Schwerpunkte im Unterschied zur Vergangenheit auch realisiert werden.

Für die **FWG-Fraktion** erläuterte deren Vorsitzende Christiane Probst die Ablehnung des Haushalts. „Das Konnexitätsprinzip wird fortlaufend verletzt, indem die Kommunen mit immer mehr Pflichtaufgaben finanziell im Regen stehen gelassen werden.“ Die FWG habe sich mit eigenen Anträgen sehr zurück gehalten. „Nicht weil wir keine Wünsche hätten, sondern weil wir wollen, dass die Schulden nicht weiter explodieren. Wir müssen auf die Bremse treten, um einen schweren Unfall zu verhindern.“

Eine Leitlinie für mehr soziale, politische oder kulturelle Teilhabe sei im vorgelegten Doppelhaushalt nicht zu erkennen, begründete Vorsitzender

Marc-Bernhard Gleißner die Ablehnung der **Linken-Fraktion**. Zwar seien in erster Linie der Bund und das Land für die desaströse finanzielle Lage der verschuldeten Kommunen verantwortlich, doch würden eigene Gestaltungsspielräume in diesem Haushalt nicht genützt. Der Sanierungstau bei Schulen und Sporthallen werfe Fragen auf, die nicht beantwortet würden.

Michael Frisch, **AfD-Fraktion**, forderte angesichts der weiter anwachsenden Gesamtverschuldung einen rigorosen Sparkurs: „Wir müssen konsequent zwischen lediglich wünschenswerten und unverzichtbaren Ausgaben differenzieren. Und wir werden den Mut haben müssen, kommunale Leistungen einzuschränken.“ Konkret schlug er Kürzungen beim Ausbau der Ganztagsbetreuung, beim Gender Budgeting und bei der

Förderung des Vereins „Buntes Trier – Gemeinsam gegen Rechts“ vor. Weiteres Einsparpotenzial sieht Frisch bei der anstehenden Theatersanierung.

Für die **FDP-Fraktion** begründete Tobias Schneider die Ablehnung des Doppelhaushalts mit den hohen Schulden und der Tatsache, dass das Eigenkapital der Stadt im Laufe der kommenden Haushaltsperiode „komplett aufgeessen“ werde. Für 2016 werde sogar ein negatives Eigenkapital von rund 18 Millionen Euro prognostiziert. Bereits jetzt liege Trier im Schulden-Ranking der 103 kreisfreien Städte in Deutschland auf Platz 12.

Die Eckdaten seien schon „besser als vorher, aber immer noch katastrophal“, sagte Dr. Darja Henseler, **Piraten**. Der Verfall städtischer Bauten, aber auch der „sozialen Infrastruktur“ müsse unterbunden werden.

Investitionsschwerpunkte 2015/16

■ Soziales: Wohnraum Magnerichstraße 1/3 und 2	1.947.800 Euro
■ Jugend, Familie und Gesundheit: Soziale Stadt (Trier-Nord, Trier-West); Stadttumbau West KiTas zum Beispiel Kita Freschfeld u. a.	4.692.880 Euro 7.461.709 Euro
■ Schulen und Sport: zum Beispiel Fortführung IGS; Wolfsberghalle; Grundschule Feyen; Brandschutz/Klassensanierungen in Schulen	20.933.837 Euro
■ Wirtschaft: Erwerb und Entwicklung der General-von-Seidel-Kaserne	2.000.000 Euro
■ Kultur: Vorbereitung/Anschub Generalsanierung oder Neubau Theater der Stadt Trier	750.000 Euro
■ Sicherheit und Ordnung: Ausstattung Feuerwehr und Rettungsdienst Fortführung Neubau Brand- und Katastrophenschutzzentrum Ehrang	4.863.000 Euro 10.578.000 Euro
■ Bauen und Planen: Fortführung Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen, zum Beispiel Ehrang mit B 422 und Tarforster Höhe BU 13/14; Erwerb Jägerkaserne	15.424.796 Euro
■ Straßen, Verkehr und Grünflächen: Investitionen verkehrliche Infrastruktur, zum Beispiel Loeb-/Paulinstraße, Vorbereitung Moselbahndurchbruch; Erneuerung Überbau Kyllbrücke; Investitionen in Radwegenetz, zum Beispiel Schießgraben; Brückeninstandsetzung zum Beispiel Schützenstraße, Hermes- und Kaiser-Wilhelm Brücke; Vorbereitung/Anschub Haltestellen Westrasse	23.496.402 Euro 845.200 Euro
Ausstattung Grünflächenamt Umsetzung EU-Wasserrechtsrahmenrichtlinien (Gewässerabau/Renaturierungen, zum Beispiel Biewerbach, Filscher Bach)	3.098.500 Euro
■ Gebäudewirtschaft: temporäre Ersatzmaßnahmen für marode Turnhalle(n) (Zeltturnhalle)	1.850.000 Euro

Richtige Weichenstellungen

Auszüge der Haushaltsrede von CDU-Sprecher Udo Köhler

CDU „Wir verzichten auf Wesentliches im Doppelhaushalt 2015/16 wegen der extrem hohen Verschuldung. Zu den zehn höchstverschuldeten Großstädten Deutschlands – gemessen pro Einwohner auf Basis der Zahlen 2013 – gehören drei Städte in Rheinland-Pfalz: Ludwigshafen (Platz drei), Trier (Platz acht) und Mainz (Platz zehn). Die Pro-Kopf-Verschuldung der Gemeinden und Gemeindeverbände in Rheinland-Pfalz lag 2013 bei 2964 Euro und damit laut Rechnungshof um fast 80 Prozent über dem Durchschnitt der anderen Flächenländer. In Trier lag sie zum Jahresende 2012 bei 5841 Euro.“

Trotzdem beschließen wir einen Doppelhaushalt mit einer Neuverschuldung von über 50 Millionen Euro. Die Entwicklung der Verschuldung ist weiterhin schockierend! Von 446,7 Millionen Euro 2007 auf nun prognostizierte 763 Millionen Euro für 2017. Das sind 316,3 Millionen Euro in zehn Jahren oder eine Steigerung um über 70 Prozent. Trotz nun geringerer Neuverschuldung wird bei dieser Entwicklung das bilanzielle Eigenkapital unserer Stadt Mitte nächsten Jahres aufgebraucht sein. Und dies, obwohl

■ die Gewerbesteuereinnahmen so hoch sind wie noch nie,
■ Einnahmeverbesserungen bei den Landeszuweisungen durch die Erhöhung der Schlüsselzuweisungen und
■ Einnahmeverbesserungen bei der Schülerbeförderung vorliegen
■ sowie Verbesserungen durch den Entschuldungsfonds verbucht wurden.

Das bedeutet, dass wir weiterhin auf



den Moselbahndurchbruch im Doppelhaushalt aufgenommen wurden. Diese wichtige Entlastung für Trier-Nord, die hierdurch verbesserte Anbindung auch des ÖPNV an die Höhenstadteile ist für uns ein wichtiger Baustein im Mobilitätskonzept. Weiterhin sind wir froh, dass die schon im letzten Doppelhaushalt zusätzlich eingestellte eine Million Euro für die Sanierung der Straßen sich ebenfalls im neuen Doppelhaushalt wiederfindet.

Ebenfalls sind dort berücksichtigt:
■ die Sanierung von Schulen und Kindergärten sowie deren Ausbau,
■ die Sanierung der Turnhallen,
■ die Sanierung der Kyllbrücke,
■ die Einzelinvestitionen für das Brand- und Katastrophenschutzzentrum in Ehrang,
■ der Ankauf der Konversionsfläche Burgunderstraße,
■ der Ausbau der Loebstraße.

Für die Soziale Stadt Trier-West ist ein Ansatz von fast 2,5 Millionen Euro vorgesehen, die Sanierung der immerhin 700 Trierer Sozialwohnungen ist weiterhin eine wichtige Größe. Hier sind in unseren Augen die richtigen Schritte angedacht worden, nun diese Wohnungen an eine städtisch dominierte Gesellschaft zur Sanierung und zur Bewirtschaftung auszulagern. Aber neben diesen notwendigen Sanierungen stehen auch weitere, wichtige neue Projekte wie das Theater und die Hauptfeuerwache auf der zukünftigen Projektliste.

Trotz der aufgezeigten strukturellen Mängel der Haushaltsplanung wird die CDU-Fraktion, nachdem die von uns gewünschten Änderungen bei den Etatberatungen übernommen wurden, dem vorgelegten Entwurf des Doppelhaushalts 2015/16 zustimmen.“

Die Zukunft beginnt jetzt!

Auszüge der Stellungnahme von SPD-Fraktionschef Sven Teuber



Stunde des Rates. Vor der Verabschiedung des Haushalts stehen traditionell die Reden der Fraktionssprecher im historischen Rathaussaal im Blickpunkt. Foto: PA

Trier wird an die Wand gefahren

Aus der Haushaltsrede von Christiane Probst (FWG)



„Die FWG ist nach intensiven Beratungen zu dem Ergebnis gekommen, dass man dem vorliegenden Haushaltsentwurf 2015/2016 aus mehreren triftigen Gründen unter der Überschrift ‚Trier – an die Wand gefahren‘ nicht zustimmen kann. Das Konnexitätsprinzip wird fortlaufend verletzt, indem die Kommunen mit immer mehr Pflichtaufgaben finanziell im Regen stehen gelassen werden, ohne dass sie von Bund und Land einen finanziellen Ausgleich erhalten.“

Die Stadt Trier hat spätestens Mitte 2016 das Eigenkapital aufgezehrt.



Ende 2016 weist der Haushalt ein negatives Eigenkapital von 8,5 Millionen Euro aus. Das eigentliche Risiko für unseren Haushalt heißt also Bund und Land und hier sind in erster Linie die Parteien gefordert, die in Bund und Land die politische Verantwortung tragen, sich dafür stark zu machen, dass die Oberzentrumstadt Trier endlich mit den Finanzmitteln ausgestattet wird, die wir zur Daseinsvorsorge brauchen. Dies bedeutet für die Freien Wähler: das Recht auf gute Bildung/Ausbildung, das heißt, den Standards entsprechend eingerichtete Kitas, Horte und Schulen.

Eine gute Verkehrsinfrastruktur/ÖPNV heißt aber nicht, dass die Bürger um Schlaglöcher herumfahren müssen oder aber für zwei Stationen einen halben Mindestlohn-Stundensatz zahlen müssen. Die Wirtschaftskraft ist das A und O einer soliden Finanzpolitik. Nur durch stabile Finanzen kann die Stadt alles Wünschenswerte finanzieren.

Neben Investitionen ist der Stellenplan die größte Haushaltsposition. Es sind rund 48 Stellen mehr, obwohl wir im Vergleich zur Benchmark über das meiste Personal verfügen. Herr Oberbürgermeister: Wir bedauern, dass Sie die vordringliche Verwaltungsreform und den Abbau der Personalstellen nicht intensiv genug angegangen sind.

Sie übertragen diese Aufgabe Ihrem Nachfolger Herrn Leibe und das ist unseriös. Wir haben große Sorge, dass mit Ausweitung der Investitionskredite und dem Jahresfehlbedarf in 2015 von 27,6 Millionen und in 2016 von 34,8 Millionen Euro Trier an die Wand gefahren wird. Der Beschluss über den Erhalt des Dreipartentheaters war eine wichtige Entscheidung, aber nun muss endlich der Beschluss zur Sanierung beziehungsweise den Neubau folgen.

„Müssen auf die Bremse treten“

Wir haben mehrfach gefordert, die Verwaltung solle zum Beispiel bei den Themen Haltepunkte Weststrasse, Zukunft Egbert-Grundschule und Theater nach der Devise handeln: Erst rechnen, dann handeln. Einige dieser Maßnahmen befinden sich noch nicht mal im Haushaltsentwurf – diese sollen wohl klammheimlich im unweigerlichen Nachtragshaushalt kommen.

Im Dezernat IV ist die allergrößte Enttäuschung, dass der Moselebahndurchbruch zunächst auf den Sankt-Nimmerleinstag verschoben wurde. Dank fraktionsübergreifendem Engagement werden aber nun die Planungen auf 2015/2016 vorgezogen. Dies wäre auch der einzige Grund für die FWG gewesen, dem Haushaltsentwurf zuzustimmen. Mit Befremden haben wir zur Kenntnis genommen, dass CDU und Grüne (Verantwortungsgemeinschaft) vieles Wünschenswerte gefordert haben, nur weil es populär ist. Auch Sie, Herr Oberbürgermeister, hatten hier, wie wir, Bedenken angemeldet, nicht weil wir gegen diese oder jene Verbesserung wären, sondern weil einfach das Geld fehlt. Man darf gespannt sein, wie die Aufsichtsbehörde auf die verschiedenen Haushaltsaufstockungen im freiwilligen Bereich reagieren wird.

Wir Freien Wähler wollen weiterhin unserem Anspruch als Partner der finanzpolitischen Vernunft gerecht werden. Die FWG hat sich mit eigenen Anträgen sehr zurückgehalten. Nicht weil wir keine Wünsche hätten, sondern weil wir wollen, dass die Schulden nicht weiter explodieren. Wir müssen auf die Bremse treten, um einen schweren Unfall zu verhindern.“



„Wir haben allen Grund, auf viele Entwicklungen und Erreichtes in unserer Stadt stolz zu sein. Trier kann und darf sich nicht unter Wert verkaufen. Und dies gilt vor allem für alle gewählten RepräsentantenInnen der Stadt. Gemeinsam müssen wir zeigen, dass wir uns an der Sache orientieren und herausstellen, wie wir uns alle täglich ehrenamtlich für die Zukunft unserer Stadt engagieren. Wir sollten dies tun, indem wir Stärken betonen und Stärke zeigen sowie die Sorgen der Menschen ernst nehmen.“

Sachorientierte Konsolidierung

In diesem Sinne kann man die Bildung von Interessengemeinschaften grundsätzlich kritisch hinterfragen, wobei sie in dem aktuell vorliegenden Fall dadurch harmlos ist, dass sie die Laten bei ihrem Hürdenlauf so niedrig legt, dass sie selbst meine einjährige Tochter spielend überspringen dürfte. Wozu braucht man eine Gemeinschaft, wenn fast alle gemeinsamen Positionen auch in entsprechenden städtischen Papieren zu finden sind und somit breite Mehrheiten üblich? Problematisch wird es dann, wenn wir unsere Entwicklungslinie verlieren. Wenn die Verantwortungsgemeinschaftler sich gegenseitig Geschenke zuschanzen, ohne die Gesamtentwicklung der Stadt im Blick zu behalten.

An dieser Stelle dafür einen Dank an die MitarbeiterInnen im Rathaus und an OB Klaus Jensen, der sich dem

von Rat und Verwaltung gegebenen Ziel der Reduzierung der Neuverschuldung verpflichtet sieht. Die SPD hat als einzige Fraktion auch realistische Anträge gestellt, die die finanzielle Situation durch Einnahmeerhöhungen nachhaltig verbessern. Wir fühlen uns verpflichtet, diesen sachorientierten Weg der Konsolidierung zu gehen, um mit einem genehmigungsfähigen Haushalt auch klare Investitionsprioritäten zu ermöglichen. Verantwortung übernehmen heißt, sich den schwierigen Fragen zu stellen und Mut zu beweisen.



Daher haben wir den Anlauf gemacht, die Sanierung von Schulen, Turnhallen, Theater, Verwaltung und Co. zukunftsgerecht zu gestalten. Wir kommen in diesen Fragen zwar voran, aber vorrangig nach dem Feuerwehrprinzip, also dort wo die Sanierung schon zu lange überfällig war oder der Brandschutz Auflagen setzt. Der Rat hat auf Initiative der SPD beschlossen, dass der OB unverzüglich in die Verhandlungen mit der ADD eintritt, um eine Anhebung auf zehn Millionen Euro zu erreichen, ohne die Genehmigung zu riskieren und damit eine Einsparauflage in gleicher Höhe auf der anderen Seite.

Bildung muss oberste Priorität haben und als Schulträger ist dies unser

Beitrag dazu. Ebenso konnten wir im Bereich Soziales und Bildung weitere Akzente durch die Unterstützung der Beratungsstelle des Frauenhauses Trier oder auch der Jugendbildung der Naturfreunde Quint setzen.

Die Kultur lebt nicht nur vom Theater, sondern stark von freien Initiativen, die oft ohne große Budgets ihre Projekte stemmen müssen. Daher haben wir erfolgreich durchgesetzt, dass die Mittel für die Förderung der freien Kultur um 100 Prozent, also 25.000 Euro, erhöht wurden. Damit geht ein klares Signal an alle Trierer Kulturschaffenden aus: Wir brauchen Euch und wir unterstützen Euch.

Zusätzlich wollen wir den Verkehr sicherer machen, indem wir endlich die Zufahrten zum Kornmarkt und Domfreihof nachhaltig reglementieren und damit die Fußgängerzone weiter aufwerten. Außerdem haben wir erfolgreich beantragt, dass für die Überwachung des ruhenden Verkehrs vier neue Stellen geschaffen werden, um in den aktuell kontrollmäßig nahezu verwaisten Abendstunden, an den Wochenenden und in den Stadtteilen die Verkehrssicherheit für alle zu erhöhen.

Lippenbekenntnisse helfen nicht weiter, sondern nur ein entschlossen handelnder Rat. Verantwortung zeigen ist hier definitiv angebracht. Wir sind als SPD für unsere Stadt auch mit dem kommenden Haushalt dazu sehr gerne bereit und werden unseren Wählerauftrag weiterhin ernst nehmen.“

Richtige Schwerpunkte für die Zukunft gesetzt

Rede-Auszüge von Grünen-Sprecher Reiner Marz



„Zunächst einige grundsätzliche Anmerkungen:

Wir als gewählte Vertreter und Vertreterinnen der Bürgerschaft sind gewählt, um unser Programm, unsere Vorstellungen umzusetzen. Und was erwartet uns alle in den Haushaltsberatungen: Uns erwartet eher eine Art Sparverein. Bund und Land streben einen ausgeglichenen Haushalt an, die Kommunen fallen hinten runter. Dies ist nicht nur ein finanzielles, sondern auch ein demokratisches Problem.

Und was macht das Land? Das Land versteckt sich hinter der ADD, einer Aufsichts- und Dienstleistungsbehörde, die den Kommunen ständig irgendwelche Auflagen verordnet. Hier ist kommunaler Ungehorsam am Platz. Der Klageweg im Rahmen der mangelhaften Finanzierung durch die rot-grüne Landesregierung auf dem Rücken der Kommune ist durchaus notwendig und gangbar. In einem Haushalt sind Prioritäten zu setzen, und es müssen klare Leitlinien erkennbar sein. Hier kann es kein ‚Allen wohl und niemand weh‘ geben. Und vor allem muss ein Haushalt umgesetzt werden. Ein Beispiel: Schon vor Jahren regte die CDU eine Pollerlösung an: die Installation versenkbarer Poller, um dem Falschparken auf Plätzen einen Riegel vorzuschieben. Umgesetzt wurde seitens der Verwaltung seit Jahren nichts. Es kann nicht sein, dass die Verwaltung Beschlüsse des Rates als Wunschkatalog sieht und nur das umsetzt, was ihr gerade passt. Der Stadtrat ist ein ehrenamtliches Gremium, er hat aber eine hauptamtliche Verwaltung zu steuern. Er muss verlangen, dass Beschlüsse konsequent umgesetzt werden.“

Zu einzelnen Maßnahmen: Die Einstellung von Planungskosten für eine Sanierung oder einen Neubau des Theaters ist zu begrüßen. Eine Stadt ohne Theater ist kulturell ‚entkernt‘.

Der Bereich Mobilität ist für uns eine Dauerbaustelle, das Radwegenetz nicht existent. Was sich hier wegen Versäumnissen von Jahren auch Gästen der Stadt präsentiert, ist eine Schande, ist imageschädigend. Deshalb sind die eingestellten Gelder notwendig und eine Kürzung wurde zurückgenommen. Weitere Baustellen im Haushalt sind bekannt: die Weststrasse, Soziale Stadt und der Mietwohnungsbau für Menschen mit geringem Einkommen. Ich will nun nicht wieder hören, was geht oder was nicht geht. Ich will, dass in zwei Jahren die Bagger da stehen.



Der Haushalt, wie wir ihn heute beschließen, wird sich noch verändern: Maßnahmen wie notwendiger Brandschutz für städtische Gebäude erzeugen im Nachtragshaushalt weitere Ausgaben. Noch einmal zum Anfang, zu den Prioritäten, den Leitlinien, die einen Haushalt erkennbar machen. Wir sehen diese im Doppelhaushalt 2015/16 gesetzt und werden zustimmen. Wir hatten gute und konstruktive Beratungen. Vorschläge anderer Fraktionen haben wir unterstützt, wenn die Argumente uns überzeugten. Wir bedanken uns beim Stadtvorstand, der Verwaltung und besonders bei Oberbürgermeister Klaus Jensen, für den es die letzte Verabschiedung eines Haushalts ist.“

Wie geht es weiter mit dem Haushalt?

Nachdem der Stadtrat dem Doppelhaushalt zugestimmt hat, schicken die Finanzexperten im Trierer Rathaus das umfangreiche Zahlenwerk in Kürze an die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) im Kurfürstlichen Palais. Diese Landesbehörde ist unter anderem für die Kontrolle der 24 Landkreise, zwölf kreisfreien und acht großen kreisangehörigen Städte sowie von zahlreichen Zweckverbänden und mehreren Planungsgemeinschaften in Rheinland-Pfalz zuständig. So soll sichergestellt werden, dass geltende Gesetze beachtet werden. Die Prüfung der Haushalte ist ein Kernelement der Kommunalaufsicht.

Die ADD-Experten nehmen den Etat zwei Monate unter die Lupe. Erst wenn er genehmigt und als Satzung bekannt gemacht wurde, tritt der Haushalt in Kraft. Dann können auch Gelder für neue Investitionen fließen. Die ADD kann ihre Genehmigung mit Auflagen verbinden, zum Beispiel bei Investitionskrediten. Wenn der städtische Haushaltsplan als Satzung in der Rathaus Zeitung veröffentlicht wird, beginnt eine Frist von sieben Werktagen, in denen Interessierte das Zahlenwerk im Rathaus einsehen können.

Nach der Verabschiedung des Doppelhaushalts 2015/16 sind höchstwahrscheinlich wieder Nachträge erforderlich. Das Procedere ist ähnlich wie beim Gesamtetat. Ein Nachtragshaushalt ist nötig, wenn es zu gravierenden Abweichungen von der Planung, zum Beispiel durch neue Tarifabschlüsse für die Mitarbeiter, kommt. In diesem Fall dauert die Prüfphase durch die ADD einen Monat.

Haushaltsreden der Fraktionen
im kompletten Wortlaut
im Internet: www.trier.de

Hypotheken ohne realen Gegenwert

Aus der Haushaltsrede von Michael Frisch (AfD)



„Das Wort ‚hausen‘ wird im Duden mit folgenden Begriffen erklärt: sparsam wirtschaften, mit etwas sparsam umgehen, das Haus bewahren und erhalten. Der uns hier vorgelegte Doppelhaushalt ist das genaue Gegenteil davon. Auch in den nächsten beiden Jahren wird der Schuldenberg der Stadt wieder um etwa 60 Millionen Euro wachsen. Die Gesamtverschuldung der Stadt wird sich damit auf deutlich über 700 Millionen Euro erhöhen und dies trotz sprudelnder Steuereinnahmen und historisch niedriger Zinsen.

Hinzu kommt, dass das städtische Eigenkapital, das 2009 noch 340 Millionen Euro betrug, mit dem Auslaufen dieses Haushalts vollständig aufgebraucht sein wird. Oder, um es drastisch zu formulieren: Die Politik hat es geschafft, innerhalb von nicht einmal acht Jahren das komplette Vermögen unserer Stadt zu vernichten.

Wir halten das für ein verantwortungsloses Verhalten, weil es den nachfolgenden Generationen unzumutbare und nicht zu bewältigende Lasten aufbürdet. Wir bewahren nicht unser Haus, sondern wir hinterlassen Hypotheken, für die es keinen realen Gegenwert mehr gibt. Wir hinterlassen kaputte Straßen, die nur noch notdürftig repariert werden, Brücken, die wegen statischer Probleme gesperrt werden, Schulen, die sanierungsbedürftig sind, Turnhallen, die nach und nach wegen baulicher Mängel geschlossen werden.

Angesichts der dramatischen Situation müssen wir konsequent zwischen lediglich wünschenswerten und unverzichtbaren Ausgaben differenzieren. Und wir werden den Mut haben müssen, kommunale Leistungen einzuschränken. Brauchen wir wirklich eine Vollversorgung im Bereich der Erziehung, die die Aufgaben der Familien zunehmend sozialisiert und den Kindern keineswegs immer nützt? Brauchen wir die Krippe für alle und möglichst früh, Ganztagsbetreuung und Ganztagschule, immer mehr Staat statt subsidiärer Unterstützung familiärer Strukturen? Müssen wir Inklusion unbedingt so denken, dass in jedem öffentlichen

Gebäude auch noch der letzte Raum mit einem Aufzug erreichbar ist? Was soll die Einführung eines völlig sinnfreien Gender-Budgeting mit Kosten im sechsstelligen Bereich? Können wir es uns leisten, Qualitäts- und Sicherheitsstandards immer weiter zu erhöhen, ohne Rücksicht auf die damit verbundenen Kosten? Dürfen wir ein neues Theater für mindestens 40 Millionen Euro bauen, während städtische Wohnungen, Schulen, Turnhallen und Straßen zunehmend verfallen? Wozu 200.000 Euro für den ‚Kampf gegen Rechts‘, obwohl rechtsextremes Gedankengut in Trier keinerlei relevante Bedeutung hat?

Wir halten es für notwendig, diese Fragen zu stellen und vernünftige Antworten darauf zu finden.



Denn heutige Leistungen auf Kosten zukünftiger Generationen zu finanzieren, Solidarität ausschließlich horizontal und nicht auch vertikal zu sehen, ist gerade nicht sozial, sondern anmaßend und ungerecht.

Etwa ein Viertel der Ausgaben im Ergebnishaushalt entfallen auf Personalaufwendungen. Seit dem Jahre 2006 wurden 160 neue Stellen in der Stadtverwaltung geschaffen. Der vorliegende Doppelhaushalt veranschlagt weitere 58, für die jährlich Mehrkosten von fast zwei Millionen Euro anfallen. Niemand bezweifelt, dass es für diese neuen Stellen vernünftige Gründe gibt. Aber es kann doch nicht sein, dass wir es als schicksalhaft hinnehmen, dass sich der Verwaltungsapparat permanent aufbläht, während die finanzielle Gesamtsituation immer weiter in Schieflage gerät. Leider wirkt hier die neue schwarz-grüne Verantwortungsgemeinschaft mit ihrer dem jeweiligen Partner geschuldeten Gefälligkeitspolitik als zusätzlicher Kostenbeschleuniger.

Der Rat der Stadt Trier steht in der Verantwortung gegenüber den Bürgern unserer Stadt. Nach Auffassung der AfD-Fraktion wird der vorliegende Haushaltsentwurf dieser Verantwortung nicht gerecht. Wir werden ihm daher nicht zustimmen.“

Soziale Infrastruktur erhalten

Ratsmitglied Darja Henseler (Piraten) zum Haushalt



„Die Stadt Trier hat zu viel Schulden und zu wenig Geld. Für die Jahre 2013 und 2014 lag der Fehlbetrag im Ergebnishaushalt insgesamt bei 97,4 Millionen Euro. 2015 und 2016 soll er insgesamt bei 62,3 Millionen Euro liegen. Das ist zwar besser als vorher, aber immer noch katastrophal.



Als einzelnes Ratsmitglied darf ich leider keine Anträge in den Haushalt einbringen. Um so mehr freue ich mich, dass andere Fraktionen Anträge eingebracht haben, die ich für unterstützenswert halte. Wie zum Beispiel der Antrag der SPD zu Bau-

unterhaltungsmaßnahmen. Es ist wichtig, darauf hin zu arbeiten, dass wir die nötigen Unterhaltungsmaßnahmen durchführen, um einen Verfall von Infrastruktur zu unterbinden. Auch ein Verfall von sozialer Infrastruktur muss unterbunden werden. Daher finde ich es wichtig und richtig, dass entsprechende Vereine, aber auch die freie Kulturszene durch eine Erhöhung der Zuschüsse unterstützt werden. Kultur und auch ein breites kulturelles Angebot sind wichtige Bestandteile einer gesunden und lebendigen Stadt.

Was ich mir noch gewünscht hätte, ist, dass die Stadt einen stärkeren Einfluss bei der Ausgestaltung des ÖPNV nehmen kann. Auch an den Vorschlägen im Bürgerhaushalt sieht man, dass ÖPNV für viele ein wichtiges Thema ist: Die drei am besten bewerteten Vorschläge waren zur Preis- und Tarifstruktur. Hieran sieht man, wie wichtig eine Fokussierung auf eine attraktive Gestaltung des ÖPNV ist.“

Kein gutes Handeln im Schlechten

Auszüge der Rede von Marc-Bernhard Gleißner (Die Linke) zum Haushalt



„Der kommunale Anteil am Gesamtsteueraufkommen sinkt, während die kommunalen Aufwendungen, gerade im Bereich der Leistungsgesetze steigen. Doch als Kommune sind wir bei dieser Frage machtlos. Es handelt sich hier um Bundesgesetzgebung. Dabei ist die Belastung der Kommunen in Rheinland-Pfalz im Vergleich zu anderen Bundesländern besonders erdrückend. Seit 22 Jahren müssen die Kommunen in Rheinland-Pfalz Haushaltsdefizite ausweisen. Die Höhe der Kassenkredite liegt bei 260 Prozent, gemessen am Durchschnitt aller Flächenbundesländer.

In Trier versuchte man, dieser schwierigen Situation Herr zu werden, indem man sich dem kommunalen Entschuldungsfonds anschloss. Es ist vielleicht wichtig, sich folgendes Gedankenspiel in den Sinn zu rufen: Wollten wir Trier aus eigener Kraft entschulden, dürften über zehn Jahre keine Ausgaben mehr gemacht werden, keine Glühbirne mehr brennen, kein Gehalt ausgezahlt werden und keine politische Maßnahme mehr umgesetzt werden. Aus eigener Kraft können wir Triers Schulden nicht abbauen. Dabei hat die Stadt nie über ihre Verhältnisse gelebt.

Jedoch könnten wir in Trier noch mehr Gestaltungsfreiräume finden: Eine moderate Erhöhung der Gewerbesteuer auf 441 v.H. würde den He-

besatz knapp über den Bundesdurchschnitt heben und gleichzeitig der Stadt zusätzliche 3,1 Millionen Euro im Jahr bringen, die im Haushalt keinen großen, jedoch einen bedingten Handlungsspielraum ermöglichen. Doch wie sieht es mit den Gestaltungsspielräumen in der kommunalen Sozial-, Bildungs- und Kulturpolitik aus?

Als Oberzentrum im ländlichen Raum muss unsere Sozialpolitik bedarfsorientiert sein. Ich möchte als Beispiel nur die Unterversorgung im Jugendamt nennen. Wenn jedoch eine eklatante Unterbesetzung vorliegt und die Mitarbeiterinnen zu viele Fälle betreuen müssen, dann muss diese Situation geändert werden. Es bedarf einer bedarfsorientierten Betreuung, die Familien, Elternteile und Kinder unterstützt und die die Mitarbeiterinnen nicht überlastet.

Die Bildungspolitik ist für uns eine wichtige Säule in der Umsetzung der Inklusion. Der Sanierungstau bei Schulen und Sporthallen führte in den vergangenen zwei Jahren zu Katastrophennachrichten und zu Schließungen von Sporthallen. Es zeichnet sich ab, dass der Sanierungstau dazu führen wird, dass der beschlossene

Schulentwicklungsplan schon heute Makulatur ist. Aber die Fragen, die sich uns aufdrängen, werden im Haushalt nicht beantwortet: Wie geht es weiter mit der Egbert-Schule? Wie werden die Investitionen in unsere Schullandschaft so getätigt, dass Inklusion ermöglicht wird?

Und wie sieht es mit der kulturellen Teilhabe aus? Mit der Diskussion um die Kulturleitlinien haben wir in Trier einen Prozess initiiert, der den Austausch sowie das Selbstbewusstsein der Szene förderte und wichtige Fragen in der Vernetzung und Präsentation der Trierer Szene aufwarf. Dass diese Forderung sich im Stellenplan niederschlägt freut uns, auch wenn für uns eine halbe Stelle definitiv zu wenig ist. Die Aufgabenbeschreibung, Fördermittel einzuwerben, ist sinnvoll. Uns fehlt jedoch der Aspekt, dass eine solche Stelle doch die Kulturszene besser vernetzen sollte.

Insgesamt sehen wir diesen Haushalt nicht als das gute Handeln im Schlechten. Zu wenige Gestaltungspotenziale werden ausgelotet, zwar sind Lichtblicke zu erkennen, aber eine Leitlinie für mehr soziale, politische oder kulturelle Teilhabe erkennen wir nicht. Wir können nicht guten Gewissens sagen, dass wir in diesem Haushalt ein gutes Handeln im Schlechten finden. Somit lehnt die Linksfraktion den Doppelhaushalt ab.“



Wille zur Veränderung fehlt

Zusammenfassung der Haushaltsrede von Tobias Schneider (FDP)



„Schon bei der Aufstellung des Haushaltes sollte ein ganz anderer Ansatz gewählt werden: Sämtliche Positionen müssten jedes Jahr erneut von Anfang an und vor allem gemeinsam mit dem Stadtrat auf den Prüfstand gestellt werden. Ziel muss es sein, eine vernünftige Bewertung der Einzelposten vornehmen zu können und verschiedene denkbare Handlungsoptionen abzuleiten.

Und bevor dann wieder unterstellt wird, es ginge nur um Kahlschlag: Es muss hierbei keineswegs nur darum gehen, irgendwelche Positionen zu streichen, ganz im Gegenteil, es gibt viele Bereiche, bei denen Preiserhöhungen durchaus machbar sind. Manchmal überkommt einen das Gefühl, dass sich Rat und Verwaltung davor scheuen, mit einzelnen Maßnahmen auch mal Geld zu verdienen. Die Vermietung von Parkplätzen darf beispielsweise genauso Gewinne erwirtschaften, wie Gebäude, die die Stadt der Allgemeinheit für Veranstaltungen verschiedenster Art zur Verfügung stellt und auch Vereinen und Verbänden darf man etwas abverlangen, wenn sie städtische Einrichtungen nutzen. Einzeln betrachtet mögen diese Maßnahmen nicht viel ändern, aber auf den insgesamt 1000 Seiten dieses Haushaltes finden

sich mindestens ebenso viele weitere Beispiele.

Schließlich gibt es dann noch die großen Brocken. Über das Theater haben wir in der Vergangenheit und auch im Wahlkampf schon oft gesprochen. Wir bleiben dabei, dass das sture Festhalten an den bisherigen Strukturen der völlig falsche Weg ist. Vor zwei Jahren wurde im Auftrag der Stadt ein Gutachten erstellt, das deutlich machte, dass ein Theater, das nur noch den Schauspielbetrieb im eigenen Laden unterhält und die restlichen Sparten über einen Beispielbetrieb abdeckt, insgesamt wirtschaftlich arbeiten könnte. Der Rat entschied sich dagegen.

Ähnlich verhielt es sich beim Schulentwicklungskonzept, bei dem ebenfalls ein Gutachten vorlag, das schließlich in einen sinnvollen Vorschlag der Verwaltung mündete, der eine effizientere Gestaltung der Schullandschaft vorsah. Auch hier entschied sich der Rat dagegen. Die wiederholte Entscheidung des Rates, solche Vorschläge zu ignorieren, zeigt leider deutlich, dass man in diesem

Gremium über Lippenbekenntnisse hinaus keineswegs bereit ist, tatsächlich am Abbau der Verschuldung zu arbeiten. So werden wir alleine deshalb einen Großteil des aktuellen Defizits noch lange vor uns hertragen.

Meine Damen und Herren, zum Schluss möchte ich dennoch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Verwaltung für ihre engagierte Arbeit danken. Wir werden den Haushalt ablehnen, doch der Grund hierfür liegt nicht in ihrer Arbeit, sondern in den vielen kurzfristigen Entscheidungen dieses Rates und dem Mangel an tatsächlichem Willen, den Schuldenabbau ernsthaft angehen zu wollen und somit Politik für die Zukunft unserer Stadt anstatt nur für das eigene Klientel zu betreiben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch wenn Sie heute diesem Haushalt mehrheitlich zustimmen werden, müssen wir als Stadtrat insgesamt uns in den nächsten zwei Jahren unserer gemeinsamen Verantwortung für diese Stadt und ihre Bürger stärker bewusst werden. Wir alle tragen Verantwortung dafür, dass Trier nicht bankrottgeht. Doch genau das droht, wenn wir alle weitermachen wie bisher. Dass es Alternativen und Stellschrauben gibt, habe ich skizziert. Was uns fehlt, ist nicht nur das Geld, sondern auch der Wille zur Veränderung.“



Falschparkern geht es an den Kragen

Abschleppzahlen verdoppelt

2014 ließ der Verkehrsüberwachungsdienst des städtischen Ordnungsamtes 800 Autos abschleppen – fast doppelt so viele wie im Jahr davor (406). Obwohl mit 82.200 Verwarnungen insgesamt 1600 „Knöllchen“ weniger als im Vorjahr ausgestellt wurden, stiegen die Einnahmen um 161.000 Euro auf 1,39 Millionen Euro.

Die Verwarnungs- und Bußgeldeinnahmen der Stadt erreichten damit ein Rekordniveau – nie haben die „Knöllchen“ mehr Geld in die Stadtkasse gespült. Die positive Einnahmewicklung trotz sinkender Fallzahlen resultiert aus einer bundesweiten Erhöhung der Gebührensätze für Verwarnungsgelder. Und doch werden die gestiegenen Einnahmen wahrscheinlich nicht reichen, um die Überwachung des ruhenden Verkehrs in Trier kostendeckend zu betreiben.

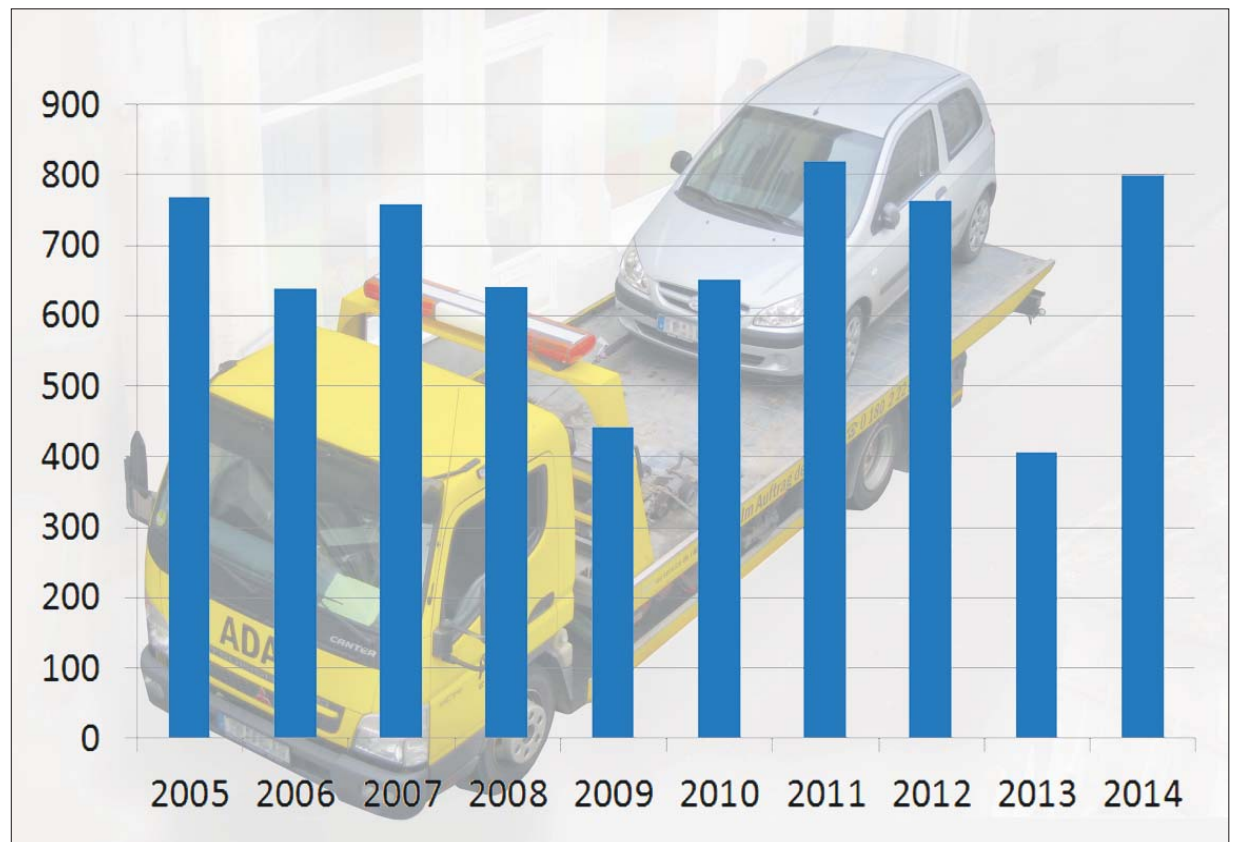
Beim Trierer Verkehrsüberwachungsdienst (VÜD) arbeiten 18 Vollzeitkräfte (elf Frauen, sieben Männer) im Außendienst, neun Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen (sechs Vollzeit-, drei Teilzeitkräfte) im Innendienst. Die Mannschaft des VÜD muss das gesamte Trierer Stadtgebiet – von Quint bis Zewen, von Filsch bis zum Markusberg – überwachen. Die Schwerpunkte liegen in der Parkraumbewirtschaftung (nur so kann der gewünschte und notwendige Fahrzeugwechsel erreicht werden), den Bewohnerparkzonen (die quartiersnahe Verfügbar-

keit von Parkraum ist ein wichtiger Faktor der Wohnqualität) und der Freihaltung von Geh- und Radwegen sowie Halte- und Parkverbotszonen.

Abschleppen als Ultima Ratio

Die von Sachgebietsleiter Elmar Geimer im Dezernatsausschuss III vorgestellten Zahlen, vor allem die gestiegenen Abschleppmaßnahmen, stießen überparteilich auf breite Zustimmung. Beigeordneter Thomas Egger betonte: „Natürlich sind die gestiegenen Abschleppaktionen eine Reaktion auf die im zweiten Halbjahr 2014 geführten öffentlichen Diskussionen. Aber wir schleppen nicht ab, um eine Quote zu steigern, wir schleppen ab, wenn es notwendig und vertretbar ist.“ Nur beim Vorliegen einer Störung der Verkehrssicherheit werde das Abschleppen eines Fahrzeuges nach sorgfältiger Prüfung des Einzelfalles angeordnet, sofern die Störung nur auf diesem Weg beseitigt werden könne.

Für die Professionalität der Einsatzkräfte spreche auch, dass es nur in ganz vereinzelten Fällen zu Widerspruchsverfahren komme. Beim Abschleppen arbeitet der VÜD mit einem festen Vertragspartner zusammen. Die Kosten liegen für den „Abgeschleppten“ – städtische Gebühren inbegriffen – im Schnitt bei 200 Euro. Die meisten „Knöllchen“ werden in Trier bei Verstößen im Rahmen der Parkraumbewirtschaftung ausgestellt. (Parken ohne Parkschein, abgelaufene



Am Haken. Der Verkehrsüberwachungsdienst des Trierer Ordnungsamtes hat ab Sommer 2014 verstärkt falsch geparkte Fahrzeuge abschleppen lassen, die die Verkehrssicherheit gefährdeten. Entsprechend stiegen die Abschleppzahlen im Vergleich zu 2013 stark an.

Grafik: Presseamt

Parkuhr etc.). Fast ein Fünftel der Verstöße geschieht in dem Bereich Halte-/Parkverbote, gefolgt von Parken auf Geh-/Radwegen (15 Prozent).

Bundeseinheitlicher Katalog

Die Höhe der verschiedenen Verwarnungsgelder wird vom Bundesverkehrsminister in einem bundeseinheitlichen Katalog geregelt, ohne dass die Stadt Trier darauf Einfluss hat. Eintragungen im Verkehrszentralre-

gister („Punkte“) erfolgen nach Verstößen im ruhenden Verkehr nur in absoluten Ausnahmefällen.

Ausnahmslos lobten die Ausschussmitglieder die vorgestellte Bilanz des VÜD, regten aber weitere Kontrollschwerpunkte an. So solle das Augenmerk der städtischen Kontrollen weiterhin verstärkt auf das Parken auf Gehwegen gerichtet werden. Die Arbeit der Hilfspolizeibeamtinnen und -beamten habe hier zweifellos schon

Wirkung gezeigt, aber es bestehe in Trier noch großer Handlungsbedarf.

Erwartungsgemäß stimmte der Stadtrat am vergangenen Donnerstag im Rahmen der diesjährigen Haushaltsberatungen für eine personelle Aufstockung der Mannschaft des VÜD. Vier neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollen zukünftig verstärkt auch in den Abend- und Nachtstunden eingesetzt werden und die Kontrollen in der Stadt intensivieren.

Urmel-Zusatztermin am 1. März



Wegen der großen Nachfrage hat das Trierer Theater kurzfristig eine Zusatzvorstellung des Märchenmusicals „Urmel aus dem Eis“ nach dem Kinderbuch von Max Kruse in den Spielplan aufgenommen. Sie beginnt am Sonntag, 1. März, 11 Uhr, Großes Haus. Interessenten sollten sich möglichst schnell eine Karte an der Theaterkasse am Augustinerhof besorgen, Telefon: 0651/718-1818, E-Mail: theaterkasse@trier.de Foto: Theater/Marco Piecuch

Fastnacht: Geänderte Öffnungszeiten

Am Rosenmontag, 16. Februar, sind das Entsorgung- und Wertungszentrum (EVZ) Mertesdorf, die Grünschnitt-Sammelstelle Mertesdorf sowie der Wertstoffhof in der Metternichstraße von 8 bis 13 Uhr, an Karnevalsdienstag von 8 bis 14 Uhr geöffnet. Auch bei den Stadtwerken gibt es an Fastnacht geänderte Öffnungszeiten: Das Kundenzentrum in der Ostallee hat an Weiberfastnacht, (12. Februar) bis 16 Uhr geöffnet. An Rosenmontag bleiben das Kundenzentrum, das Stadtbus-Center in der Trevisir-Passage, das Parken-Kundenzentrum im City-Parkhaus sowie Bad und Saunagarten an den Kaiserthermen geschlossen. Die SWT-Parkhäuser sind für die Besucher rund um die Uhr geöffnet.

Tipps zum Bauen und Sanieren

Die „Öko 2015“ zum Themenschwerpunkt „Bauen und Sanieren“ findet am Samstag, 21., und Sonntag, 22. Februar, jeweils 10 bis 18 Uhr im Messepark in dem Moselauen statt. Oberbürgermeister Klaus Jensen eröffnet die Messe. Geboten werden unter anderem Fachvorträge zu den Themen Photovoltaik, Innendämmung sowie barrierefreie Wohnraumanpassungen. Über 120 Aussteller präsentieren sich. Wer bauen und sanieren will, findet zahlreiche Ansprechpartner aus dem regionalen Handwerk.

Ortsbeirat Olewig

Der Flächennutzungsplanentwurf Trier 2025 steht unter anderem auf der Tagesordnung des Ortsbeirats Olewig am Mittwoch, 11. Februar, 19 Uhr, Grundschule, Auf der Ayl 40.

Stadtrat greift Vorschläge auf

Gremium trifft Entscheidungen zum Bürgerhaushalt

Von den 30 bestbewerteten Vorschlägen im Rahmen des Bürgerhaushalts, stimmt der Stadtrat bei zehn zu, diese umzusetzen. So werden für die Errichtung von versenkbaren Pollern in der Zufahrt zum Dom und in der Zufahrt zum Kornmarkt zusätzlich 60.000 Euro im Haushalt bereit gestellt. Damit reagiert der Stadtrat auf den Vorschlag „Beschllossene Sperrung der Fußgängerzone für Autos durchsetzen“.

Bei drei Vorschlägen, die von den Bürgern unter die Top 30 gewählt wurden, ist die Stadt nicht direkt zuständig. So hat sie etwa keinen direkten Einfluss auf die Preise des ÖPNV, da diese durch den Verkehrsverbund Region Trier (VRT) festgelegt werden. Die Stadt beabsichtigt jedoch, sich über ihre Vertreter in der Verbandsversammlung für eine Neustrukturierung der Tarifzonen einzusetzen. Der Vorschlag „Buspreise jugendgerecht gestalten“ ist bereits in weiten Teilen umgesetzt. Es gibt aber auch Jugendliche, die durch das bestehende Förderraster fallen. Die Verwaltung soll dem Fachausschuss Vorschläge unterbreiten, wie auch diese Zielgruppe von jugendgerechten Preisen profitieren kann.

3000 Personen registriert

Fünf Vorschläge sind in Planung, darunter derjenige zum Erhalt der Eisenbahnbrücke in der Hermesstraße für Rad- und Fußverkehr. Fünf Anregungen werden geprüft, etwa „Einen Bahnübergang für Trier-Ost schaffen“. Der Stadtrat hat hierzu im Haushalt 2016 für eine Machbarkeitsstudie 10.000 Euro zur Verfü-

gung gestellt. Ebenso geprüft wird die Anregung, Fahrräder von festen Stationen auszuleihen. Der Stadtrat beauftragte die Verwaltung, weiterhin nach möglichen Kooperationspartnern zu suchen. Denn ohne die Unterstützung Dritter könne der Vorschlag nicht umgesetzt werden. Lediglich sechs Vorschläge lehnt der Rat ab, darunter die Anregung, nachts die Ampeln auszuschalten.

Gut 3000 Personen sind auf der Internetseite www.trier-mitgestalten.de angemeldet und können Vorschläge abgeben und bewerten. 2012 waren es knapp 2800. „Es kommen immer noch welche hinzu, aber die Zuwächse fallen geringer aus“, erläuterte Toni Loosen-Bach, Koordinator für Bürgerbeteiligung im Rathaus, in einer Sitzung des Beirats für den Bürgerhaushalt vor der Stadtratsitzung.

Wenig zu Bildung und Schulen

Die meisten Anregungen gab es in den Bereichen Verkehr sowie Ordnung und Sicherheit. Die wenigsten in den Bereichen Bildung und Schulen. Die meisten Vorschläge kamen aus Trier-Mitte/Gartenfeld, Trier-Nord und Kürenz. Auf sehr wenig bis gar keine Resonanz stieß der Bürgerhaushalt in Irsch, Kernscheid und Tarforst. Die Stadtratsfraktionen machten von ihrem Recht, die Vorschläge zu kommentieren, nur mäßigen Gebrauch. Kritikpunkte am Bürgerhaushalt, so der Koordinator für Bürgerbeteiligung, Loosen-Bach, seien unter anderem eine zu geringe Transparenz bei den Entscheidungsprozessen und dass die Vorschläge „im Sande verlaufen“ würden.

RaZ-Vermerk

Der Loebstraßen-Marathon

Böse Zungen behaupten, der Tag des Spatenstichs für den Neubau der Loebstraße sei ein schlechter Tag für den Stoßdämpferhandel im Großraum Trier. Die Bezeichnung „Buckelpiste“ geht als mildernde Umschreibung der wichtigen Verbindungsstraße in Trier-Nord durch. Und zwar nicht erst seit gestern: Der Stadtrat hatte bereits im August 2008 den dringenden Handlungsbedarf erkannt und einen Baubeschluss gefasst. Das Baudezernat stand da bereits in den Startlöchern und beantragte drei Tage später bei der Landesregierung einen Zuschuss, der auch prompt – also nach gut zwei Monaten – bewilligt wurde.

Was noch fehlte, war ein Bebauungsplan. Trotz des guten Willens der allermeisten Beteiligten konnte in dem Planverfahren, in dem auch Grundstücksfragen geklärt werden mussten, erst im Oktober 2011 ein endgültiger Konsens erzielt werden. „Endlich geht's los“, dachten viele. Doch leider war der Zuschuss aus Mainz in der Zwischenzeit verfallen. Also: Neuer Baubeschluss, neuer Förderantrag, neue Bewilligung. Letztere ließ diesmal jedoch anderthalb Jahre auf sich warten. Erst danach war die Ausschreibung und Vergabe des Auftrags möglich, dann war Winterpause und jetzt ist Winter, aber es geht wirklich los.

Übrigens: Der Antrags- und Bewilligungs-marathon ist noch nicht ganz zu Ende. Denn für den zweiten und dritten Bauabschnitt gibt es noch keine offizielle Zuschuss-Zusage. Die sei aber – versichern alle Beteiligten – wirklich nur noch reine Formsache. kig

Mit dem offiziellen Spatenstich begann am vergangenen Freitag der Ausbau der Loebstraße, der insgesamt mehrere Jahre in Anspruch nehmen wird. Denn aufgrund der massiven Fahrbahnschäden kommt das Vorhaben einem Straßenneubau gleich. Ziel ist, nicht nur die Bedingungen für Auto- und Lkw-Fahrer zu verbessern, sondern auch die Interessen der Radler, Fußgänger und des ÖPNV zu berücksichtigen.

„Was lange währt, wird endlich gut.“ „Dass wir das noch erleben dürfen.“ Anspielungen dieser Art waren am Rande des Spatenstichs des öfteren zu hören, denn schließlich liegt der erste Baubeschluss für das Projekt bereits sechseinhalb Jahre zurück (siehe RaZ-Vermerk auf dieser Seite). Jetzt geht es endlich los: OB Klaus Jensen sprach beim Empfang im Tagungszentrum der Handwerkskammer von einem „glücklichen Tag“ für die Anlieger im Gewerbegebiet Trier-Nord und für viele Bewohner des Ruwertals, die über die stark beschädigte und in den letzten Jahren nur notdürftig ausgebesserte Loebstraße Tag für Tag nach Trier pendeln. Dann schritt er zusammen mit Günter Kern, Staatssekretär im rheinland-pfälzischen Innenministerium, und Baudezernentin Simone Kaestorichiani zum Spatenstich.

Veränderter Querschnitt

Die Ausbaustrecke ist insgesamt 1,4 Kilometer lang. Der jetzt anstehende erste Bauabschnitt erstreckt sich über 580 Meter zwischen der Pfälzeler Eisenbahnbrücke und der Hausnummer 14 und kostet zwei Millionen Euro. Die Landesregierung übernimmt die Hälfte der Investition. „Mit täglich 12.000 Fahrzeugen bei einem hohen Anteil Schwerlastverkehr unterliegt die Loebstraße einer starken Belastung. Daher ist eine Anpassung der

Loebstraße für alle

Spatenstich für ersten Ausbauabschnitt nach langer Vorgeschichte / Radweg und Standstreifen geplant



Lange Gerade. Blick von der Handwerkskammer auf die Loebstraße mit der Einmündung Auer-von-Welsbach-Straße. Dieser Abschnitt wird ab März für den Durchgangsverkehr gesperrt. Foto: PA

Infrastruktur dringend geboten“, erklärte Staatssekretär Kern.

Der Straßenquerschnitt wird sich stark verändern: Aktuell verfügt die Loebstraße neben der mit 8,50 Meter Breite überdimensionierten Fahrbahn nur über einen einseitigen Gehweg. In der Neuplanung sind 55 Stellplätze entlang der Straße, ein Zweirichtungsradweg und ein Lkw-Standstreifen für Lieferung und Beladung vorgesehen. Der Gehweg an der südlichen Straßenseite bleibt bestehen, während die Fahrbahn sich um zwei Meter verengt, was aber immer noch der Richtlinie für die Anlage von Stadtstraßen entspricht. Zugunsten des Radwegs muss die Kapazität der bestehenden Parkplätze verringert werden.

Die Barrierefreiheit wird beim Neubau der Loebstraße mit verschie-

denen Maßnahmen berücksichtigt: Absenkung der Bordsteine an Querungsstellen, Fußgängerampeln mit akustischen Signalen, erhöhte Bordsteine an den Bushaltestellen, um das Zusteigen zu erleichtern und Bodenrippen zur Kennzeichnung der Haltestellen für Sehbehinderte.

Mit dem Radweg entlang der Loebstraße wird die Lücke zwischen Trier und dem Ruwer-Hochwald-Radweg geschlossen. Außerdem ist durch den Anschluss an die Pfälzeler Brücke der Wechsel zum linksseitigen Moselradweg möglich. Beiden Routen kommt eine überregionale touristische Bedeutung zu. „Mit dieser Planung werden die Interessen aller Verkehrsteilnehmer berücksichtigt“, fasste Jensen zusammen. „Die neue Straße ist ein Vorteil für alle, da

bin ich ganz sicher“, stimmte Kaestorichiani zu.

Umleitung ab Anfang März

Die eigentlichen Bauarbeiten unter Leitung des Tiefbauamts mit der Arbeitsgemeinschaft Köhler/Schnorpfel als Auftragnehmer beginnen in der ersten Märzwoche. Die Loebstraße wird dann für den Durchgangsverkehr gesperrt. Die Umleitung erfolgt in beiden Richtungen über die Rudolf-Diesel-, Metternich- und Ohmstraße. Die Grundstücke und Parkplätze an der Loebstraße bleiben aber für die Anlieger, Kunden und Mitarbeiter sowie für den Lieferverkehr erreichbar. Hierzu findet am Freitag, 27. Februar, im Tagungszentrum der Handwerkskammer eine Informationsveranstaltung statt.

Zinsen erneut gesenkt

Die Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISB) hat erneut die Zinsen für nachrangig gesicherte Wohneigentumsdarlehen gesenkt und bietet so günstige Konditionen wie nie zuvor: Für den Neubau, den Erwerb und die Modernisierung selbst genutzter Immobilien sind Zinsen von jährlich 1,5 Prozent bei einer Festschreibung von zehn Jahren zu zahlen. Bei einer Festlegung auf 15 Jahre sind es 1,85, und bei 20 Jahren 1,95 Prozent. Damit trägt die Bank der lang anhaltenden Niedrigzinsphase Rechnung. Das Darlehen soll insbesondere jungen Familien das Woh-

nen in einer eigenen Immobilie ermöglichen. So kann zum Beispiel ein Vierpersonenhaushalt mit einem Jahresbruttoeinkommen von 77.500 Euro das Darlehen beantragen. Der ISB-Kredit zum Bau oder Erwerb einer Wohnimmobilie kann maximal 100.000 Euro betragen.

Mit einem ISB-Darlehen Modernisierung von bis zu 60.000 Euro werden die Verbesserung energetischer Standards, die Erhöhung des Gebrauchswertes der eigenen Immobilie sowie die Anpassung der Wohnungsbestände an die Bedürfnisse älterer und behinderter Menschen unter-



Günstige Konditionen. Bauherren, die bestimmte Einkommensgrenzen nicht überschreiten, können die ISB-Darlehen nutzen. Das historisch niedrige Zinsniveau fördert die Bautätigkeit wie im Filscher Gebiet BU 13. Foto: PA

stützt. Um die beiden Darlehensvarianten der LSB nutzen zu können, wird eine Förderbestätigung benötigt, die unter anderem das Trierer Rathaus ausstellt. Es leitet auch die Anträge weiter. Weitere Informationen beim Amt für Soziales und Wohnen, Volker Raach, Telefon: 0651/718-1532, im Internet (www.isb.rlp.de) oder bei der Investitions- und Strukturbank: 06131/6172-1991.

Neutralitätspflicht nicht verletzt

Verwaltungsgericht: Trierer Stadtratswahl gültig / Pressemitteilung im Wortlaut

Die Stadtratswahl 2014 in Trier muss nicht wiederholt werden: Das hat das Verwaltungsgericht entschieden und damit eine Klage eines NPD-Mitglieds, wonach die Wahl unter anderem wegen Verletzung der Neutralitätspflicht des Oberbürgermeisters ungültig gewesen sei, abgewiesen. Zu dem Urteil hat das Gericht vergangenen Woche eine Presseerklärung veröffentlicht, die die Rathaus Zeitung nachfolgend im Wortlaut abdruckt:

„Mit Urteil vom 20. Januar 2015 hat die 1. Kammer des Verwaltungsgerichts Trier entschieden, dass das Ergebnis der Wahl zum Stadtrat der Stadt Trier nicht durch gegen das Gesetz verstößende Handlungen beeinflusst worden und deshalb auch nicht – wie vom Kläger beantragt – für ungültig zu erklären ist.

Zur Begründung führten die Richter im Wesentlichen aus, weder die seitens des Klägers gerügte Verletzung der Neutralitätspflicht des Oberbürgermeisters durch verschiedene Äußerungen und Handlungen in der Öffentlichkeit und gegenüber der Presse, noch die Verletzung der Neutralitätspflicht durch Inhalte der Rathauszeitung im Zusammenhang mit dem Besuch des Oberbürgermeisters in der Asylbewerberunterkunft im Rahmen der offiziellen Einweihung könnten festgestellt wer-

den. Aus der Stellung des Oberbürgermeisters als Spitze der kommunalen Verwaltung folge zwar, dass dieser – ähnlich Regierungsmitgliedern – das Neutralitätsgebot zu beachten habe; ein Verstoß gegen dieses Gebot sei jedoch nicht feststellbar.

Insbesondere habe der Oberbürgermeister nicht zu einer Gegendemonstration anlässlich der Einweihung der Asylbewerberunterkunft in Trier-Euren aufgerufen. Soweit er anlässlich der Einweihungsfeier gegenüber den eingeladenen Amtsträgern anlässlich von NPD Demonstration und Gegendemonstration ange-regt habe, den Flüchtlingen freundschaftlich gegenüber zu treten und diese willkommen zu heißen, habe er sich damit im Rahmen seiner Repräsentationsfunktion, die auch in Vorwahlzeiten nicht ruhen müsse, gehalten und nicht einseitig und gezielt Partei gegen die NPD ergriffen. Angesichts der massiven Kritik der NPD gegen die Aufnahmeeinrichtung habe er jedoch angemessen, aber auch deutlich, die städtische Position zu dieser gemeindlichen Angelegenheit vertreten dürfen.

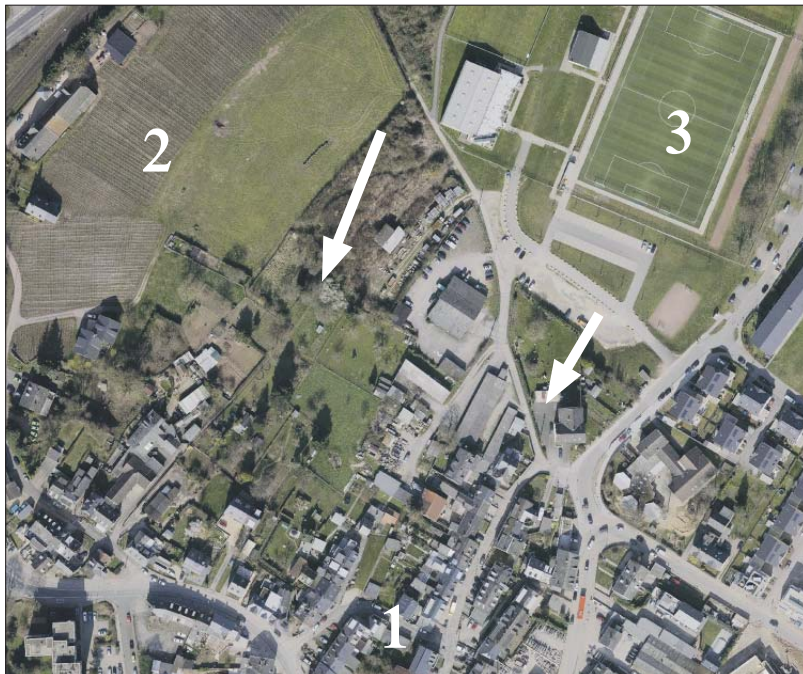
Fehler bei der Stimmauszählung

Soweit es zu – von der beklagten Stadt zugestanden – Fehlern bei der Stimmauszählung gekommen sei (Stimmzettelumschläge nicht in die

Wahlurne gelegt, Öffnung von Stimmzetteln vor 18 Uhr), handele es sich zwar um einen schwerwiegenden Verstoß gegen die einschlägigen Wahlrechtsvorschriften. Diese Fehler hätten jedoch keine Auswirkungen auf das Wahlergebnis gehabt, weil wirksame Ausgleichsmaßnahmen ergriffen worden seien. So seien die Stimmzettel ausschließlich durch die nach den einschlägigen Vorschriften zuständigen Personen geöffnet, Wahlschein und Stimmzettel seien nicht zusammen und die aufgefalteten Stimmzettel seien mit der Schriftseite nach unten aufbewahrt worden. Diese Maßnahmen beseitigten zwar den Gesetzesverstoß nicht; eine Zuordnung der Stimmen zu bestimmten Wählern sei jedoch nicht möglich gewesen, ebenso wenig wie eine Beeinflussung anderer Wähler oder eine Verfälschung des Ergebnisses der Briefwahl durch das frühzeitige Öffnen und Sortieren. Auch bei fehlerfreier Durchführung der Wahl wäre das Ergebnis mithin nicht anders ausgefallen, sodass es insgesamt an der erforderlichen konkreten Möglichkeit der Beeinflussung des Wahlergebnisses fehle.

Gegen die Entscheidungen können die Beteiligten innerhalb eines Monats die Zulassung der Berufung bei dem Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz beantragen.“

Baugebiet zwischen Weinbergen und Sportplatz



In Feyen-Weismark soll im Bereich „Pfaffenbungert“ ein Wohngebiet entstehen. Das Gelände (Pfeile) liegt zwischen dem Ortskern (1), dem Weinberg (2) und der Bezirkssportanlage (3). Details werden bei einer Info-Veranstaltung am 11. Februar, 18 Uhr, EGP-Tagungsraum vorgestellt. Mitarbeiter des Planungsamts sowie des Amtes für Bodenmanagement und Geoinformation gehen unter anderem auf Varianten zur Erschließung des Geländes ein. Zu dem Info-Abend sind Grundstücksanlieger und weitere Interessenten eingeladen. Foto: Digitales Orthophoto 2014, Stadt Trier, Amt für Bodenmanagement und Geoinformation 1314/2014

Stadtteilbudget

Die Offenlegung des F-Plan-Entwurfs Trier 2025 und das aktuelle Stadtteilbudget sind zwei Themen im nächsten Ortsbeirat Kernscheid am Mittwoch, 11. Februar, 18 Uhr, Clubraum in der Mehrzweckhalle der SSG.

Wahl im Ortsbeirat

Am Beginn der nächsten Sitzung des Ortsbeirats Euren am Mittwoch, 11. Februar, 20 Uhr, „Druckwerk“-Bürgerhaus (Ottostraße) stehen die Wahl und Ernennung eines stellvertretenden Ortsvorstehers.

Neustart der Weiberfastnacht

Ordnungsamt akzeptiert ATK-Sicherheitskonzept / Glasverbot ab 9 Uhr

Zur Weiberfastnachtsparty am 12. Februar ab 11.11 Uhr auf dem Hauptmarkt hat die Arbeitsgemeinschaft Trierer Karneval (ATK) als Veranstalter ein erneuertes Sicherheitskonzept vorgestellt. Nach der Aufhebung des Alkoholverbots sehen sich die Ordnungskräfte jetzt mit verschiedenen Herausforderungen konfrontiert.

Nach den Eskalationen im Jahr 2012 und den anschließenden Auflagen in den Jahren 2013 und 2014 hatte der Stadtrat am 11. November beschlossen, dass 2015 kein sogenannter Narrenkäfig errichtet werden soll. Diese Entscheidung bedeutet außerdem, dass es im Unterschied zu den Vorjahren kein generelles Alkoholverbot auf dem Hauptmarkt gibt. Letztmalig vor dem Weiberdonnerstag 2015 kamen am 13. Januar Vertreter des Runden Tisches zusammen, um unter den geänderten Bedingungen die weiteren Vorbereitungen abzustimmen.

Die ATK legte dazu – unter Berücksichtigung sicherheitstechnischer Aspekte – ein Konzept vor. „Mit diesem Konzept beabsichtigen wir die Feierzone deutlich vom öffentlichen Raum abzugrenzen, ohne allerdings die Feiernden einzuschränken“, so Präsident Andreas Peters. Das Konzept sieht für den Zeitraum von 10 bis 17 Uhr eine abgegrenzte Fläche als Feierzone mit einer Bühne und Verkaufsständen innerhalb eines Teils des Hauptmarkts vor. Die einseitige (nach innen gerichtete) Öffnung der Bühne und der Verkaufsstände soll die Feierzone optisch begrenzen, weist aber an mehreren

Stellen Durchgänge auf, die nicht kontrolliert werden.

Der Kommunale Vollzugsdienst des Ordnungsamtes wird mit allen zur Verfügung stehenden Kräften auf dem Hauptmarkt die Einhaltung des Glasverbotes kontrollieren. In den Zugangsbereichen zum Marktplatz lässt er Glascontainer aufstellen.

Das städtische Jugendamt ist wie in den vorangegangenen Jahren im Rahmen des Jugendschutzes in Kooperation mit der Polizei und dem Ordnungsamt im Stadtgebiet unterwegs. Jugendliche mit Alkoholintoxikationserscheinungen werden in Obhut genommen und der notwendigen medizinischen Versorgung oder den Eltern übergeben.

Jugendfete ab 14 Uhr im Exhaus

Das Jugendamt unterbreitet Beratungsangebote oder vermittelt auf Wunsch Kontakte zu Beratungsstellen. In Kooperation mit dem Exzellenzhaus und dem Mergener Hof wird eine jugendgerechte Fastnachtsparty für Jugendliche ab 14 Jahre personell und finanziell unterstützt. Die Fete beginnt um 14 Uhr im Exhaus. Auch das Angebot des Jugendtaxi für einen sicheren Heimweg nach Fastnachtsveranstaltungen wird seitens des Jugendamtes gefördert.

Die Polizei, die sich im Vorfeld für die Gefahrenabwehrverordnung und eine modifizierte Anpassung des Konzepts aus 2014 ausgesprochen hatte, stellt sich auf die veränderte Rechtslage, die der von Weiberfastnacht 2012 entspricht, ein. Die polizeilichen Einsatzkräfte werden im Rahmen der ihnen obliegenden Aufgaben, mit einem

deutlichen Schwerpunkt im Bereich des Jugendschutzes, im Stadtgebiet präsent sein. Ihr Ziel ist es, Alkohol- und Gewaltexzesse, wie sie 2012 stattfanden, zu verhindern. Die Polizei plant unter anderem gemeinsame Jugendschutz-Kontrollteams in Zusammenarbeit mit den Jugendämtern der Stadt und der Kreisverwaltung Trier-Saarburg und hat neben dem Veranstaltungsbereich in der Innenstadt auch die informellen Treffpunkte der unter 18-Jährigen im Blick.

Die Berufsfeuerwehr Trier, die Rettungskräfte, die am Weiberdonnerstag wieder in der Toni-Chorus-Halle im Einsatz sein werden, und die Krankenhäuser, rechnen ebenfalls mit einem höheren Einsatzaufkommen. Deren Personaleinsatz wird an diesem Tag um circa 50 Einsatzkräfte erhöht.

„Mit der Ablehnung der Gefahrenabwehrverordnung und des generellen Alkoholverbots auf dem Hauptmarkt fehlt nun die rechtliche Grundlage, durch gezielte Kontrollen Alkoholmissbrauch und Gewaltanwendung bei jungen Erwachsenen zu verhindern, was uns vor neue Herausforderungen stellt“, so Angelika Birk, Dezernentin für Bildung, Jugend, Soziales und Sport.

Thomas Egger, Dezernent für Wirtschaft, Tourismus, Kultur, Sicherheit und Ordnung, hatte sich vor dem Ratsbeschluss dafür ausgesprochen, für den Weiberdonnerstag 2015 erneut ein Alkoholverbot im Rahmen einer Gefahrenabwehrverordnung in Erwägung zu ziehen. Er sieht mit dem nun vorgelegten Konzept und unter den neuen Bedingungen die Auflagen des Ordnungsamts als erfüllt an.

Trier-Tagebuch

Vor 45 Jahren (1970)

14. Februar: Pfarrgemeinde St. Michael (Mariahof) bezieht fertiggestellte Kirche.

Vor 40 Jahren (1975)

Im Februar: Architektenwettbewerb über Verwendung des Brauereigeländes Caspary-Binding vorgestellt.
Februar bis Dezember: Auseinandersetzungen um den geplanten Bau der Autobahn Schweich-Luxemburg durch den Ehranger Wald und Stadtwald.

Vor 35 Jahren (1980)

Februar bis Mai: Abriss des Quinter Viadukts.
Februar bis November: Zukunft des Weißhauses weiter im Gespräch.

Vor 25 Jahren (1990)

Im Februar: Änderung des Flächennutzungsplanes für den Ausbau des neuen Messegeländes am westlichen Brückenkopf der Konrad Adenauer-Brücke.
Mitte Februar: Mosel führt wieder einmal Hochwasser.
16. Februar: Neue Konzeption für das Kulturzentrum Tufa. Trägerverein mit eigenem Veranstaltungsetat. Stadt übernimmt Personal- und Betriebskosten.

Vor 20 Jahren (1995)

15. Februar: Eröffnung des neuen Vergnügungszentrums „Riverside“ zwischen Verteilerkreis und Mosel.
15. Februar: „Euregio“, ein Zusammenschluss von Gemeinden in Rheinland-Pfalz, Lothringen, Luxemburg und der Wallonie, wird in Luxemburg gegründet.

Vor 15 Jahren (2000)

Im Februar: Südwestfunk zieht in neues Studio in der Hosenstraße.
Im Februar: In Pfalzel wird der erweiterte Hochwasserschutz wegen eingeschränktem Moselblick unterschiedlich bewertet.

Vor 10 Jahren (2005)

12. Februar: Weitere Stolpersteine in Bürgersteige eingepflastert, die an deportierte und ermordete frühere jüdische Mitbürger erinnern.
16. Februar: Kleine Lösung für Nachfolgegesellschaft der LGS. Erweiterte Verwaltungsabteilung im Rathaus soll Betreuung der öffentlichen Anlagen übernehmen.
aus: Stadtrierische Chronik

Stadtradler wieder am Start

Kampagne für das Fahrrad als Verkehrsmittel im Alltag beginnt am 21. Juni



Peloton. Mit einer Fahrrad-Demo durch die Innenstadt fiel 2014 der Startschuss zur Aktion Stadtradeln. Foto: PA

Trier nimmt 2015 zum vierten Mal an der bundesweiten Aktion „Stadtradeln“ teil. Voraussichtlich vom 21. Juni bis 11. Juli heißt es für alle Pedalritter wieder, Kilometer zu sammeln, um das tolle Ergebnis des letzten Jahres vielleicht noch zu übertreffen.

1013 Aktive in 80 Teams legten in drei Wochen genau 183.063 Kilometer auf dem Fahrrad zurück: Mit dieser eindrucksvollen Bilanz belegte Trier immerhin Platz 25 unter knapp 300 Städ-

ten und Gemeinden. In diesem Jahr hoffen die Stadtradel-Koordinatoren Johannes Hill und Toni Loosen-Bach auf noch mehr Schul- und Stadtteil-Teams. Auch die Teilnehmerzahl aus dem Stadtrat ist noch ausbaufähig. „Ziel der Kampagne ist es, das Fahrrad nicht nur als sportliches Freizeitgerät zu nutzen, sondern auch als Fortbewegungsmittel für den Alltag zu entdecken“, erklärt Hill.

Bei der Vorstellung der Zwischenbilanz im Steuerungsausschuss gab es viel Lob für die Aktion, die dazu bei-

trage, ein fahrradfreundliches Klima in der Stadt zu schaffen. Gleichzeitig betonten Thomas Albrecht (CDU), Rainer Lehnart (SPD), Reiner Marz (B 90/Grüne) und OB Klaus Jensen, dass es in Trier immer noch einen riesigen Nachholbedarf beim Ausbau des Radwegenetzes gebe. Das Stadtradeln könne zu einem Bewusstseinswandel beitragen: „Je mehr Menschen mitmachen, desto mehr werden sie darauf aufmerksam, dass noch viel für eine fahrradgerechtere Stadt getan werden muss“, so Jensen.

Medienpädagogik im Jugendzentrum

Das Eurener Jugendzentrum präsentiert neue medienpädagogische Angebote. Ein Beispiel sind die Computerworkshops (montags zwischen 16 und 18 Uhr). Die Jugendlichen können einen Internetführerschein erwerben, um den sicheren Umgang mit den Informationstechnologien zu lernen. Am 23. Februar, 16.30 Uhr, findet zudem ein Workshop mit der Verbraucherzentrale statt. Dabei geht es um Surfen ohne Risiko, Tipps für den Umgang mit sozialen Netzwerken und die „Abzocke“ im Internet. Das von der Stadt geförderte Jugendzentrum nimmt auch an dem Projekt „Lokal Global“ des Landesfilmdienstes teil. Bis 20. Februar stehen fünf moderne Apple-Computer zur Verfügung. Weiterer Schwerpunkt ist ein Filmworkshop.

Vorfahrt für die Karnevalisten

Sperrungen und Umleitungen rund um die närrischen Umzüge im Stadtgebiet

An den tollen Tagen sind die Narren wieder in vielen Stadtteilen unterwegs. Die zu den Zugstrecken gehörenden Straßen sind gesperrt. Sonst erlaubtes oder geduldetes Parken auf Bürgersteigen ist verboten. Autofahrer sollten diese Bereiche weiträumig umfahren und die Umleitungen beachten.

■ **Euren:** Samstag, 14. Februar, 19.11 bis 22 Uhr; Aufstellung: Otto-/Ludwig-Steinbach-Straße; Zugstrecke: Eurener-, St. Helena-, Eligius-, Burgmühlen-, Numerian-, Eurener und Ludwig-Steinbach-Straße; Auflösung: Ottostraße.

■ **Pfalzel:** Sonntag, 15. Februar, 14 bis 17 Uhr; Aufstellung: Rothildisstraße; Zugstrecke: Freiherr-vom-Stein-, Ring-, Steinbrück- und Adu-lastraße, Spielplatz, Mechtel-, Residenz- und Steinbrückstraße; Auflösung: Kreuzung beim Pfälzeler Stern.

■ **Zewen:** 15. Februar, 14.11 bis 16 Uhr; Aufstellung: Turmstraße; Zugstrecke: Lindscheid-, Meier- und Kettentstraße, In der Acht; Auflösung: Fröbelstraße.

■ **Irsch:** 15. Februar; 14.11 bis 17 Uhr; Aufstellung: Nicetiusstraße / Fandelborn; Zugstrecke: Wenzelbach-, Hockweiler-, Irscher- und Georgstraße sowie Neuwiese. Auflösung: Nicetiusstraße.

■ **Ehrang:** Montag, 16. Februar, 14.11 bis 16.30 Uhr; Aufstellung: Merowinger-/Alemannen-/Gotenstraße; Zugstrecke: Quinter-, Nieder- und Kyllstraße; Auflösung: Kyllstraße (Höhe Festplatz). Fahrzeuge aus Biewer werden über Hafen- und Eltzstraße Richtung B 53 umgeleitet. Aus Richtung Quint geht es in der Quinter Straße über die Anbindung zur B 53. Es kann zu längeren Wartezeiten zwischen 14 und 16.30 Uhr kommen.

■ **Innenstadt:** Rosenmontagszug am 16. Februar, 12 bis etwa 17 Uhr. Aufstellung: Medardstraße (Anfahrt über B 268); Zugstrecke: Matthias-, Saar-, Neu- und Brotstraße, Hauptmarkt, Simeonstraße, Porta Nigra-Platz, Paulin- und Herzogenbuscher Straße. Auflösung: vor der Arena. Alle zur Umzugstrecke führenden oder sie kreuzenden Straßen sind ab etwa 11.30 Uhr gesperrt. Die Zugteilnehmer können den Aufstellungsraum nur über die B 268 erreichen.

Umleitungen in der Innenstadt

Die Medardstraße ist ab Einmündung Aulstraße ab 9 Uhr gesperrt. Anliegerverkehr ist nur eingeschränkt bis zur Straße Im Schammatt möglich. Die Kreuzung Aul-/Medardstraße bleibt bis 11.30 Uhr als Zufahrt zur Weismark offen. In der Medardstraße



Endspurt. Die Narren bereiten sich auf die Umzüge beim Straßenkarneval vor, mit denen die fünfte Jahreszeit ihren Höhepunkt erreicht. Foto: PA

Umfeldgestaltung am Bürgerhaus Nord

Geordnete Parkplätze und Wege, mehr Grün und neue Sitzgelegenheiten: Der Platz zwischen dem Bürgerhaus Trier-Nord, der Ambrosius-Grundschule und der Franz-Georg-Straße soll einladender gestaltet werden. Am Mittwoch, 11. Februar, 18 Uhr, findet dazu eine öffentliche Informationsveranstaltung im Bürgerhaus statt. Nach der Begrüßung durch Quartiersmanagerin Maria Ohlig stellen Simeon Friedrich vom Jugendamt und Vertreter des beauftragten Architekturbüros BGH Plan das Konzept vor.

Koblenzer Straße ab Mittwoch gesperrt

Wegen Baumfällen ist in Quint die Koblenzer Straße zwischen den Kreuzungen Seiferstraße und Zum Löschert ab 11. Februar, gesperrt. Die Einmündungen beider Straßen bleiben aber offen. Die Umleitung führt in beiden Richtungen über die B 53 (Abfahrt Issel), K 35 und L 47. Die Hoch-, Ziegel- und Milostraße sowie der Schwarze Weg können in dieser Zeit über die Seiferstraße angefahren werden. Es kommt auch zu Änderungen auf den Buslinien 8 und 87. Infos im Internet: www.swt.de. Bei günstiger Witterung sind die Fällarbeiten in drei bis vier Tagen abgeschlossen

Saatgutbörse

Bei einer Saatgutbörse in der Tufa am Sonntag, 22. Februar, bieten Fachhändler von 13 bis 17 Uhr Saatgut samenfester Nutzpflanzensorten an. Außerdem kann bei der Veranstaltung des Vereins Transition Trier Saatgut von privat zu privat getauscht werden.

Närrischer Busfahrplan vom 12. bis 17. Februar

Umleitungen und geänderte Zeiten auf SWT-Linien



Die SWT Verkehrs-GmbH bietet an den tolen Tagen wieder einfache Mobilität in und um Trier: An Weiberdonnerstag, 12. Februar, gilt der Freitagsfahrplan. Es fahren zusätzliche Sternbusse wie an einem Freitag bis 2.45 Uhr ab Hauptbahnhof. An Rosenmontag gilt der Samstagfahrplan mit Sternverkehr bis 2.45 Uhr. Während des Rosenmontagszugs kommt es zwischen 12 und 16.30 Uhr zu Verzögerungen und kurzfristigen Umleitungen. Für die Narren gibt es einen kostenlosen Busshuttle zur After-Umzugsparty in der Arena. Der Bus fährt im Halbstundentakt von 15.30 bis 17.30 Uhr ab

Nikolaus-Koch-Platz über Trevis-Passage, Mosel- und Zurmaierner Straße bis zur Arena (Haltestelle Nells Park). Rückfahrten in die Innenstadt sind von 19 bis 21 Uhr im Halbstundentakt geplant. Der Bus fährt durch die Paulinstraße bis zur Porta. An Rosenmontag gibt es keine Mitnahmeregelung für die VRT-Mobiltickets.

An Fastnachtsdienstag fahren keine Schulbusse. Die letzte Abfahrt am Hauptbahnhof ist um 23.45 Uhr ins Umland und um 0.15 Uhr in die Stadtteile. Wegen der Karnevalsumzüge kann es von 14. bis 17. Februar im gesamten Liniennetz zu Verzögerungen und Streckenänderungen kommen. Detaillierte Infos: www.swt.de.

gilt von 8 bis etwa 15 Uhr ein beidseitiges Halteverbot. Der Verkehr auf der Südallee Richtung Saarstraße/Kaiserthermen fließt über Hindenburg-/Kaiserstraße. Auf der Weimarer Allee Richtung Kaiserstraße gilt eine Umleitung über Spitzmühle und Weberbach. Aus Richtung Olewig und Spitzmühle fließt der Verkehr über die Ostallee. Auf der Friedrich-Ebert-Allee und der Bruchhausenstraße führt die Strecke über Nordallee und Simeonstiftplatz. Richtung Theodor-Heuss-Allee gilt eine Umleitung über Balduinstraße und In der Reichsabtei.

Die Herzogenbuscher Straße ist ab Verteilerkreis Nord gesperrt. Der Verkehr wird über die Parkstraße umgeleitet. Die Autofahrer sollten die Innenstadt zwischen 12 und 18 Uhr meiden oder weiträumig umfahren.

■ **Ruwer:** Dienstag, 17. Februar, 14 bis 17 Uhr; Aufstellung: Hermeskeiler Straße oberhalb Schälenberg; Zugstrecke: Hermeskeiler-, Rhein-, und Ruwerer Straße; Auflösung: Ruwerer Straße (Festplatz Hüsterwiese). Die Ortsdurchfahrt ist von 13 bis 17 Uhr gesperrt. Verkehrsteilnehmer aus der Stadtmitte oder aus Kenn können den Stadtteil über die Ruwerer- und Rheinstraße nicht erreichen.

■ **Biewer:** Schärensprung am 17. Februar, 14 bis 16 Uhr; Aufstellung: Johannes-Kersch-Straße; Strecke: Tal-, Biewerer-, Henney- und Levelingstraße; Auflösung: Biewerer- und Donaustraße/Schulhof. Der Verkehr aus Pallien und Ehrang wird über die B 53 umgeleitet. Zwischen 13 und 17 Uhr muss mit längeren Wartezeiten gerechnet werden. Parkmöglichkeiten für Besucher, die aus Ehrang und über die Autobahn kommen, gibt es am Schulzentrum Mäusheckerweg.

WOHIN IN TRIER? (11. bis 17. Februar 2015)



AUSSTELLUNGEN

bis 11. Februar

„never say never“, Werke von Bodo Korsig, Kunsthalle der Europäischen Kunstakademie, Aachener Straße 63

bis 21. Februar

Bilder von Manfred Binzer, Galerie Junge Kunst, Karl-Marx-Straße 90

bis 28. Februar

„Alles Kopfsache“, Bilder von Jutta Limburg, Trier-Zimmer, Rathaus

bis 27. Februar

Open-Expo Klangkunst-Ausstellung: Arbeiten von Marcus Ludwig, Tufa-Galerie

bis 1. März

„2000 Jahre Schifffahrt auf der Mosel“, Stadtmuseum Simeonstift

bis 5. März

„Blick ins Land“, Ökumenisches Verbundkrankenhaus, Theobaldstraße 12

bis 6. März

Dorothee Reichert – Arbeiten der vergangenen drei Jahre, Ausstellungsflur Brüderkrankenhaus, Nordallee 1

bis 7. März

„Kubistische Figurationen“, Gemälde von Montoni Beqiri, Katholische Familienbildungsstätte Remise, Von-Pidoll-Straße 18, Öffnungszeiten nach telefonischer Vereinbarung: 0651/64895.

bis 12. März

„Trier im Quadrat“: Werke des **Kurses Bildende Kunst der Jahrgangsstufe 12 des BNT** Kiosk-Bühne der EGP, Südallee

bis 13. März

„Eduardo Chillida: **Kunst kennt keine Grenzen**“ Europäische Rechtsakademie Metzger Allee

bis 27. März

„situationen“, Werke von Martina Diederich und Stephen Levine, Deutsche Richterakademie

bis 30. März

„Jetzt wissen wir, wie schön die Heimat ist: Überlebenskampf jüdischer Deportierter aus Luxemburg und der Trierer Region im Ghetto **Litzmannstadt**“, Bibliothek der Universität

bis 31. März

„Die gerichtliche Reihe von **Cassou: Bilder der Justiz**“ Landgericht, Justizstraße 2-6

bis 19. April

Winterausstellung im Stifterkabinett: Auswahl zu Winter und Weihnachten Stadtmuseum Simeonstift

bis 26. April

„Der Trierer Dom im Wandel – **Die Renovierungen des 20. Jahrhunderts**“, Museum am Dom, Bischof-Stein-Platz

bis 31. Dezember

„Faszination Stein – **Shona-Skulpturen**“, Galerie P. Weber, Balthasar-Neumann-Straße 1

„Faller's Häuser-Welten“,

Modelleisenbahnzubehör, Spielzeugmuseum, Nagelstraße

Mittwoch, 11.2.

KINDER / JUGENDLICHE.....

„Urmel aus dem Eis“, Musical nach dem Kinderbuch von Max Kruse, Theater, Großes Haus, 10 Uhr

THEATER / KABARETT.....

„Ob die Made mit dem Kinde – oder warum Heinz mit Erhardt lacht“, musikalisches Kabarett mit Michael Ophelders und Christoph Jung, Kasino, 20 Uhr

Thriller-Stück „The Vampyre“, Tufa, 20 Uhr

VERMISCHTES.....

Infoveranstaltung Höhere Berufsfachschule: Automatisierungstechnik/ Mechatronik, BBS Gewerbe und Technik, Raum F1 101, 18 Uhr

Donnerstag, 12.2.

PARTIES / DANCE FLOOR....

SWT-Weiberfastnacht auf dem Eis, Ice-Arena, Kornmarkt, 11.11 Uhr

Fastnachtsparty, Bitburger Wirtshaus, Kornmarkt, 11.11 Uhr

Prinzenproklamation Schlüsselübergabe an den Prinzen, Hauptmarkt, 11.11 Uhr
weitere Infos: www.atk-trier.de

Party zur Weiberfastnacht, Jugendzentrum Exhaus, Zurmaiener Straße, 14 Uhr
weitere Infos: www.exhaus.de

Weiberfaschingsparty, Romikulum-Eventhalle, Metternichstraße, 16.11 Uhr

Weibersause an Weiberdonnerstag, Safari Haus, Stockplatz 2 a, 17 Uhr

Fastnachtstreiben, Paulaner in Zurlauben, 17.11 Uhr

Freitag, 13.2.

KINDER / JUGENDLICHE.....

„Urmel aus dem Eis“, Musical nach dem Kinderbuch von Max Kruse, Theater, Großes Haus, 10 Uhr

THEATER / KABARETT.....

„Orpheus in der Unterwelt“, Operette von Jacques Offenbach, Theater, Großes Haus, 20 Uhr

Komödie „**Runter zum Fluss**“, Theater, Studio, 20 Uhr

PARTIES / DANCE FLOOR....

Fastnachtstreiben, Paulaner in Zurlauben, 19.11 Uhr

Samstag, 14.2.

VORTRÄGE / SEMINARE.....

Salsa- und Merengue-Workshop für Anfänger, Musikschule, 15 Uhr

THEATER / KABARETT.....

Übertragung der Oper „**Iolanta und Herzog Blaubarts Burg**“, von Béla Bartók, Broadway-Kino, 18.30 Uhr

Musical „**Der kleine Horrorladen**“, Theater, Großes Haus, 19.30 Uhr

Sonntag, 15.2.

VORTRÄGE / SEMINARE.....

„**Ganz Deutschland hört den Führer? Abhören ausländischer Sender im Raum Trier**“, mit Matthias Klein, Stadtmuseum Simeonstift, 11.30 Uhr

WOHIN IN TRIER? (11. bis 17. Februar 2015)

Sonntag, 15.2.

Alle Angaben ohne Gewähr,
Stand: 4. Februar 2015

THEATER / KABARETT.....

**Theatercafé zur „Orestie“-
Premiere**, Foyer, 11.15 Uhr

„Des Kaisers neue Kleider“,
Gastspiel der Musiktheatergruppe
„La Pastorella“, Theater, 15 Uhr

„Orpheus in der Unterwelt“,
Operette von Jacques Offenbach,
Theater, Großes Haus, 19.30 Uhr

Veranstaltungstermine bitte nur
schriftlich an: click around GmbH
Konstantinstraße 10,
54290 Trier, E-Mail: [redaktion@
click-around.de](mailto:redaktion@click-around.de)



Montag, 16.2.

PARTIES / DANCE FLOOR....

Rosenmontagsparty, Arena,
Fort Worth-Platz, 14 Uhr

Fastnachtsparty, Bitburger
Wirtshaus, Kornmarkt, 15 Uhr

Electronic Carnival, Mergener
Hof, Rindertanzstraße, 16 Uhr

Dienstag, 17.2.

FÜHRUNGEN.....

**„Künstler im Fokus: Hans
Ruprecht Hoffmann“**, Vortrag
und Rundgang mit Dr. Marcus
Bonaventura, Stadtmuseum
Simeonstift, 19 Uhr



Ergänzend zum „Opening“-Klang-
kunstfestival am letzten Wochenende
zeigt die Tufa bis 27. Februar unter
dem Motto „Open Expo“ Installatio-
nen des Düsseldorfer Künstler Mar-
cus Ludwig. *Foto: privat*



Der im November 2013 nach aufwendiger Restaurierung im Auftrag der Trier-Gesellschaft feierlich enthüllte Petrusbrunnen auf dem Hauptmarkt stammt von dem Renaissance-Bildhauer Hans Ruprecht Hoffmann. Er schuf damit 1595 einen herausragenden Beitrag zur Kunstgeschichte der Moselstadt. Doch wer war der Mensch hinter diesem Meisterwerk? Kunsthistoriker Dr. Marcus Bonaventura geht bei einem Vortrag am 17. Februar, 19 Uhr im Stadtmuseum, dieser Frage nach und beleuchtet die Lebensgeschichte von Hoffmann. Danach zeigt er an den Originalen der Brunnenfiguren, die sich seit 1976 im Museum befinden, was den Stil des Bildhauers so einzigartig macht. *Archivfoto: PA/Lorig*